

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: ... Einzelne Nummer 5 Pf. ...

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr

Beträgt für die ...

Telegramm-Adressen: ...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. ...

Dienstag, den 21. Oktober 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. ...

Verhandelt doch!

Die Rede Churchills ist den Chaubinisten hüben und drüben sehr auf die Nerven gefallen. ...

Aber freilich, die Wut der Rüstungsinteressenten ist ja begreiflich. ...

Churchill hat auch vorausgesetzt, daß sein Vorschlag wieder heftiger Opposition begegnen werde. ...

Und herrlich klingt der Ton der Abweisung auch in der „nationalen“ Presse Englands wie Deutschlands. ...

Die internationale Situation kann einem solchen Vorgehen keine unüberwindlichen Schwierigkeiten entgegenstellen. ...

So liegen die Hindernisse für eine Erleichterung der Flottenlasten im Augenblick weniger auf dem Gebiete der internationalen, als auf dem der inneren Politik. ...

lenkt die Aufmerksamkeit von neuem auf die Möglichkeit, einen solchen Druck erfolgreich auszuüben. ...

Die Aufnahme der Rede in England.

London, 20. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der erneute Vorschlag Churchills über den Flottenfeiertag gibt heute der englischen Presse Anlaß zu allerlei kritischen Betrachtungen. ...

Einer ähnlichen Vermutung gibt auch das Blatt der Arbeiterpartei, der „Daily Citizen“ Ausdruck, der die sofortige Einberufung einer internationalen Konferenz zur Beratung der Rüstungseinschränkung fordert. ...

Lösung der serbischen Krise.

Aus Rom, wo man im Gegensatz zur österreichischen Aufregtheit, mit großer Reserviertheit die Entwicklung der albanischen Dinge verfolgt hat, kommt eine Nachricht, die die Lösung der serbisch-österreichischen Konflikts bedeutet. ...

Die serbische Regierung hat durch ihre Vertreter den Mächten mitgeteilt, daß sie den serbischen Truppen befehlen habe, sich unverzüglich über die Grenzlinie Albaniens zurückzuziehen. ...

Damit wäre also die Forderung des österreichischen Ultimatus erfüllt und die aufgeregten Schwarz-Gelben könnten dank der Einsicht der serbischen Regierung den Degen wieder einstecken. ...

In einer allem Anschein nach vom auswärtigen Amt herührenden Meldung heißt es: Der Direktor der politischen Angelegenheiten im Ministerium des Kuchern Paléologue, der als Vertreter Wichens den österreichisch-ungarischen Geschäftsträger, der die Mitteilung von dem österreichischen Ultimatum überbrachte, empfing, habe diesem erklärt, daß er hier von Alt nehme, habe dabei jedoch ausdrücklich Vorbehalte betreffs der Wichtigkeit der von der österreichisch-ungarischen Regierung zur Rechtfertigung ihres Ultimatus vorgebrachten Tatsachen erhoben. ...

Man wird der österreichischen Diplomatie diese Aktion gönnen können.

Die Annahme des Ultimatus bestätigt. Belgrad, 20. Oktober. Der Generalsekretär im hiesigen auswärtigen Amte, Stjepanowitsch, erklärte heute dem österreichisch-ungarischen Geschäftsträger von Stora, daß der Beschluß zur Räumung der von serbischen Truppen besetzten Gebiete Albaniens gestern beschlossen und heute früh hinausgegeben worden sei. ...

Eine serbische Note an die Großmächte. Belgrad, 20. Oktober. Die Regierung hat den fremden Mächten eine Note mitgeteilt, worin gesagt wird, daß Serbien getreu seiner Verpflichtung den europäischen Staaten die Befreiung der albanischen Grenze überläßt. ...

Ein neues Jena der zarischen Justiz.

Die Lage des Ritualmordprozesses in Niemi scheinen sich in eine Schicksalsstunde der russischen Justiz verwandelt zu haben. Während zarische Richter und Ankläger in Kiew einen unschuldigen Menschen unter der Anklage eines mittelalterlichen Irrewahns auf den Seziertisch gelegt haben, verkündet der Regierende Senat in Petersburg in einem anderen Prozesse die völlige Gesekmächtigkeit und Straflosigkeit des infamsten Kospizkeltums. ...

Zum ersten Male in der Geschichte der modernen russischen Justiz, die reich ist an Fälschungen und Rechtsbengungen zugunsten der herrschenden Sippe, mag es die höchste russische Rechtsinstanz, sich durch die Anerkennung des Kospizkeltums als staatliche Institution öffentlich vor aller Welt zu prostituieren. ...

Man fragt sich vergebens, was eigentlich das russische Justizministerium und seinen getreuen Diener, den Senat, zu einem so ungeheuerlichen Schritt veranlaßt hat. ...

Die Vorgeschichte der neuesten Justizaffäre, deren Folgen zur Zeit noch gar nicht abzusehen sind, ist kurz folgende. In dem bekannten „Hochverratsprozeß“ gegen die sozialdemokratische Fraktion der 2. Duma figurierte neben den anderen Angeklagten eine Frau Katharina Schornikowa, die Sekretärin der Petersburger sozialdemokratischen Militärorganisation, der bekanntlich im Verein mit der Dumafraktion eine „Verschwörung zum gewalttätigen Umsturz der Staatsordnung, zur Entsetzung Seiner Majestät des Kaisers und zur Einführung der demokratischen Republik auf sozialistischer Grundlage“ zur Last gelegt wurde. ...

gonisation zu „liquidieren“. In Anbetracht aller dieser Tatsachen kommt der Staatsanwalt zu dem Schluss, daß die Schornikowa „mit Wissen und Willen der politischen Polizei in die Militärorganisation eingetreten ist, freilich nicht zu verbrecherischen Zwecken, sondern zur Aufdeckung der Absichten und der Tätigkeit dieser verbrecherischen Gemeinschaft.“ Der Staatsanwalt sucht die Rolle der Schornikowa — im Widerspruch zu dem wirklichen Sachverhalt — als „unbedeutend“ hinzustellen, er gibt aber doch zu, daß sie, um keinen Verdacht zu erwecken, mit Wissen und Willen der zuständigen Regierungsbehörden an der Tätigkeit der Militärorganisation aktiv teilgenommen hat. Da aber diese Tätigkeit zur Vernichtung der Organisation führen sollte, spricht der Staatsanwalt sich dahin aus, daß die gegen die Schornikowa erhobene Anklage, die in der Regel mit langjähriger Zuchthausstrafe bestraft wird, eingestellt und ohne Folgen belassen wird. Der regierende Senat schloß sich diesem Gutachten des Staatsanwalts an und entließ die angeklagte Agentin aus der Haft.

Um die ganze Tragweite dieses Urteils zu erkennen, sei daran erinnert, daß Stolypin bei der Debatte über die Lockspitzeltätigkeit Azev's die Regierung dadurch zu entlasten suchte, daß sie nur die Dienste von „geheimen Mitarbeitern“ annehme, die sich auf eine passive Rolle beschränken. Natürlich war das eitel Lug und Trug, denn die Regierung war über die aktive Teilnahme Azev's an zahlreichen terroristischen Akten genau unterrichtet. Es bedurfte aber noch der weiteren Herabsetzung und Selbstvernichtung des zarischen Regierungssystems, damit die höchste Gerichtsstanz im Reiche die verbrecherische Tätigkeit der polizeilichen Seelenverkäufer offiziell sanktionierte und für die Freisprechung aller großen und kleinen Azev's vor den ordentlichen Gerichten einen Präzedenzfall schuf.

Und noch ein wichtiges Ergebnis zeitigt diese neueste Entwicklung der russischen Justiz. Nach der offiziellen Feststellung der provokatorischen Grundlage des Hochverratsprozesses gegen die sozialdemokratische Dumafraktion fällt der letzte Einwand, der bisher allen Forderungen wegen Wiederaufnahme des Hochverratsprozesses entgegengehalten worden ist. Vergebens hatte der reumütige Lockspitzel Probst das Justizministerium erlucht, sein öffentliches Geständnis dem Wiederaufnahmeverfahren gegen die unschuldig verurteilten sozialdemokratischen Abgeordneten zugrunde zu legen. Die Regierung zog es vor, sich in Schweigen zu hüllen, um nicht des Justizmordes überführt zu werden. Sie schämte sich auch, als im vorigen Jahre eine Protestbewegung zugunsten des Wiederaufnahmeverfahrens in allen Kulturländern einsetzte. Sie schämte sich, als sie im Inlande wie im Auslande des Komplokt's gegen die sozialdemokratische Fraktion bezichtigt wurde, und sie versteckte sich hinter dem Rücken der willfährigen Majorität der dritten Duma, als die Häute der russischen Proletarier rechtlich an den Pforten des Zaurischen Palastes donnerten. Nun hat sie selbst den Mann des Schweigens gebrochen und durch den Mund ihrer höchsten Gerichtsstelle verkündet, daß die Anklage gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten — wie wir es schon längst wußten — ein aus Lug und Trug gesponnenes Fälscherstück gewesen ist, bestimmt, dem Attentat gegen die zweite Duma als Grundlage zu dienen und den Staatsstreich vom 16. Juni 1907 zu rechtfertigen.

In den Kreisen der Dumaabgeordneten wird mit aller Bestimmtheit versichert, daß die neueste Wendung dieser Affäre genügend Material liefert, um ein Wiederaufnahmeverfahren im Hochverratsprozess zu erzwingen und in die dunkle Geburtsstunde des Staatsstreichs hineinzuleuchten. Es wird wohl harte Kämpfe innerhalb wie außerhalb des Parlaments kosten, ehe diese Forderung durchgeleitet wird. Aber je breiter die Grundlage wird, auf der dieser Kampf geführt wird, desto fester verknüpft sich der Kampf um die Befreiung und Rehabilitierung der unschuldig verurteilten Volksvertreter mit dem revolutionären Insturm des Volkes gegen die fluchwürdige Herrschaft des Zarismus.

Die Landesverteidigung in Schweden.

In Schweden sind seit einigen Monaten wieder neue Debatten über die Frage der Landesverteidigung entbrannt, die auch in der sozialdemokratischen Presse mit großer Heftigkeit geführt werden und in dieser Form etwas verstäht erscheinen könnten, weil die von der liberalen Regierung vor zwei Jahren eingesetzten Kommissionen zur Prüfung der Frage der Landesverteidigung mit ihren Arbeiten noch nicht fertig sind. Man weiß also öffentlich noch nicht, was die Kommissionen vorschlagen werden. Immerhin ist so viel aus den Beratungsgesprächen hervorgehoben, daß man zu der Annahme berechtigt zu sein glaubt: von einer Herabsetzung der Ausgaben für die Landesverteidigung wird bei den Kommissionsvorschlägen keine Rede sein. Die Liberalen sind anscheinend zum Umfall bereit, obgleich sie bei den letzten Wahlen Verpflichtungen eingegangen sind, keine Mehrausgaben zuzulassen.

Die maßgebenden Organe der sozialdemokratischen Presse haben auf diese Tatsache hingewiesen und es ist von dieser Seite auch die Auffassung ausgesprochen worden, daß Mehrausgaben von diesem Reichstage nicht beschlossen werden dürfen, sondern daß erst die Wähler befragt werden müssen. Im übrigen stellen sich diese Parteiblätter allerdings nicht grundsätzlich abweisend den kommenden, noch nicht bekannten Vorlagen gegenüber, was wiederum die jugendliche Opposition zu heftigen Angriffen auf Parteileitung, Fraktion und die betreffenden Parteiblätter veranlaßt hat. Da die Vorlagen noch nicht da sind, könnte dieser innere Parteikampf als vom Faune gebrochen scheinen. Aber nach den Erfahrungen mit der verfehlten Inzidenzversicherung wird man es der Opposition nachsagen können, wenn sie nicht warten will bis die Partei von ihren Vertretern in den Kommissionen gebunden worden ist, ohne vorher dazu Stellung nehmen zu können. Das ist allerdings die wichtigste Konzeption, die wir der Opposition machen können. Im übrigen ist ihre grundsätzliche Haltung verfehlt, auch wo sie glaubt, sich auf Parteitage beschließen zu können.

Die Haltung der Parteioption läuft auf die grundsätzliche Ablehnung der Landesverteidigung hinaus. Ihre Motive sind der verschiedensten Art. Neben der Idee, daß das Land sich nicht auf die Dauer gegen eine Großmacht verteidigen kann, spürt der anarchistische Verteidigungsnihilismus in vielen Köpfen, der jegliche Landesverteidigung ablehnt.

Der „Vorwärts“ hat im vorigen Jahre anlässlich der damaligen Debatten in Schweden seine Stellung zu der Frage dargelegt und zwar bezieht sich diese Stellung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse, die eine Organisation der Landesverteidigung auf der Grundlage der Volkswehr fordern. Davon ist bei der

schwedischen Opposition keine Rede. Mit dem Schlagwort des „Antimilitarismus“ lehnt sie alle Landesverteidigung ab und fordert nun „positive“ Politik von der Partei im Sinne dieses verteidigungsnihilistischen Standpunktes.

Das Jugendorgan besagte sich in seiner Ausgabe vom 11. Oktober über „das erbärmliche Schauspiel einer Parteipresse, die sich in inneren Disputen verliert darüber, was eigentlich Standpunkt der Partei in der Militärfrage ist, oder richtiger sein müßte, um dem resp. Parteiblatte zu passen. Die Verwirrung ist vollständig und muß unseren Gegnern ein äußerst angenehmes Bild bieten.“

Das letztere ist richtig. Wenn man die schwedische Parteipresse liest, bekommt man den Eindruck, als ob die Verwirrung allgemein wäre. Schuld daran ist aber jene Programme, die in der schwedischen Partei eingetiffen ist und auf jedem Parteitage immer neue Blüten treibt. Die schwedische Partei hatte mit ihrem alten Programm eine ganz akzeptable Opposition gegen die Heeresvermehrung 1901, die letzte große Heeresreform, gemacht. Presse und Fraktion waren bis auf die anarchistischen Ausläufer einig. Trotzdem mußte der letzte Parteitag aufgegeben werden, um eine Programmänderung vorzunehmen, die gegenüber der alten Fassung den Vorzug der Wortmacherei hat, aber in realpolitischer Beziehung vollkommen wertlos ist. Es wird da verlangt „eine aufgefessene Herabsetzung der Militärausgaben in der Richtung auf Entwaffnung“. An die Stelle der jetzigen Heeresordnung soll also nicht eine andere demokratische Form der Landesverteidigung gesetzt werden, sondern Entwaffnung. Inzwischen ist die Partei mit zur ausschlaggebenden Partei in der schwedischen Gefehgebung geworden und kann jetzt, wo sie zum ersten Male vor Entschliefungen gestellt werden soll, mit der anarchistischen Entwaffnungsphrase nichts anfangen. Der Mangel eines positiven Programms in der Landesverteidigungsfrage macht sich in jener „vollständigen Verwirrung“ geltend, die das Jugendorgan geißelt. Man hat eben nur das negative Programm der Herabsetzung der Militärausgaben und Entwaffnung. Damit läßt sich aber keine Politik machen zu einer Zeit, wo das Kriegsgedräue durch Europa geht und der russische Expansionsdrang dem schwedischen Volke Anlaß zu Unruhe gibt. Wäre die schwedische Partei den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse gefolgt, anstatt daß ihre Vertreter hinter den bürgerlichen Friedensaposteln herliefen, die an einem Tage Friedensreden halten und am anderen Tage fröhlich Milliarden für neue Rüstungen bewilligen, dann hätte man ein positives Programm gehabt, das die Partei hätte sammeln können, und man wäre die Verwirrung losgeworden.

Es ist da äußerst interessant zu lesen, was der Altimeister der deutschen Sozialdemokratie, August Bebel, im Jahre 1911 dem Genossen Branting zur vorliegenden Frage geschrieben hat. Damals wurde in schwedischen Regierungskreisen erzählt, Bebel sollte den Parteigenossen kleinerer Staaten geraten haben, für Rüstungsübermehrungen einzutreten, weshalb Branting bei Bebel anfragte, was davon wäre. Bebel dementierte nachdrücklich jene Rederei und setzte dann auseinander, solange die Großmächte gerüstet seien, könnten die kleinen Staaten nicht unbewaffnet stehen. Zwar würden sie auf die Dauer einer Grobmacht nicht widerstehen können, aber die Frage liege gar nicht so. Vielmehr würde ein bewaffneter Kleinstaat, dessen Neutralität in einem Kriege zwischen zwei Großmächten von der einen dieser Mächte verletzt würde, sich auf die Seite der anderen Macht schlagen, wodurch die kriegerische Kraft dieser Macht natürlich gestärkt würde. Bebel führt als Beispiel einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich an, in welchem die Neutralität der Schweiz durch Deutschland verletzt würde und die Schweiz sich mit ihren 200 000 Mann auf die Seite von Frankreich stellte. Er fährt dann fort: „Sie haben ganz recht, Schweden kann nicht dem Jazismus gegenüber wehrlos stehen. Ein Krieg zwischen Rußland und Schweden allein ist nunmehr undenkbar. Andere Großmächte würden sich auf die Seite Schwedens stellen. Aber sie fordern dann selbstverständlich, daß Schweden auch hilft, sich seiner eigenen Haut zu wehren. Oder will es waffenlos stehen und dem Sieger als Beute zufallen? Ist es für Schweden gleichgültig, ob es sich selbst regiert oder ob es russisch regiert wird a la Finnland?“

Solange die jetzigen nationalen Gesenstände bestehen, ist es einem Lande unmöglich, waffenlos zu sein. So etwas wird auch nicht in den Beschlüssen der Internationalen Kongresse gefordert. Dort wird die Organisation von Miliz in allen Staaten verlangt zur Selbstverteidigung für den Fall, daß die Gegenpartei sich nicht daran setzt, daß ein Schiedsgericht angerufen wurde, aber an dessen Entscheidung. Sie sollten also energisch ein Milizsystem fordern, das für die geringsten Kosten die größte Anzahl Wehrmänner liefert.

Die eigentlichen Abrüstungen müssen von den Großmächten ausgehen; Sache der Kleinstaat ist es aber, jeden dahingehenden Gedanken energisch zu unterstützen, was selbstverständlich nicht ausschließt, daß die Parlamente der Kleinstaat den Abrüstungsgedanken energisch propagieren.“

Soweit Bebel. Er hat anscheinend nicht gewußt, daß sich die schwedische Partei schon damals von einer anarchosozialistischen Strömung die Hände binden lassen und auf die aufgefessene Volkswaffenlosigkeit festgelegt war. Was er den schwedischen Genossen empfiehlt, ist als ein außerordentlich klares Programm anzusehen. Und es hätte überdies den großen Vorzug, daß seine Verwirklichung in Schweden relativ leicht wäre, weil schon die jetzige Heeresordnung wichtige Bestandteile der Miliz in sich schließt. Das jetzige Programm der schwedischen Partei bringt aber die Fraktion in die unhaltbare Position, alle Anträge auf eine Heeresreform abzulehnen, die nicht eine Herabsetzung der Kosten bringen, auch wenn sie wichtige Forderungen der internationalen Sozialdemokratie erfüllen, oder aber die Fraktion muß den Programmbeschluss des letzten Parteitages ignorieren, was wiederum nicht gerade zur Stärkung des Vertrauens in sozialdemokratische Programmbeschlüsse beitragen kann.

Die Frage ist aber auch von innerpolitischer Bedeutung. Es ist kaum mehr ein Zweifel, daß die Liberalen zu positiven Beschlüssen in der Landesverteidigungsfrage bereit sein werden. Können sie diese nicht in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie machen, so werden sie mit der Partei der Militaristen, den Konservativen, die Frage zu lösen suchen. Es fragt sich nun, welche Beschlüsse sich für die Arbeiterklasse vorteilhafter gestalten würden, liberal-sozialdemokratische, die sich in der Richtung zur Miliz bewegen könnten, oder liberal-konservative Beschlüsse, die zur Verwirklichung des stehenden Heeres der Militaristen führen müssen. Der Mangel eines positiven Programms erschwert hier die Position unserer Partei ungemein.

Immerhin wird man sich in der Partei auf die eine Forderung einigen können, vor Lösung der Heeresordnungsfrage keine Wahl zu verlangen. Denn darüber besteht kein Zweifel, daß die letzten Wahlen gegen die Forderungen der Militaristen ausfielen. Bevor eine Mehrbelastung des Volkes beschlossen werden darf, müssen die Wähler entscheiden. Diese von Branting erhobene Forderung müßte geeignet sein, die Partei zu einigen, was bitter not tut, denn die jetzigen Debatten bieten ein recht trübes Bild.

Politische Ueberblick.

Kronprinzliches.

Die sonderbare Einmischung des preussischen Kronprinzen in die Reichsgeschäftsführung findet auch in der bürgerlichen Presse mehr und mehr eine energische Zurückweisung. Sehr scharf kritisiert die „Deutsche Montagszeitung“ das Verhalten des Kronprinzen:

Seit ein paar Jahren haben wir nun diesen eigenartigen, teils pikant, teils betrüblichen, teils abenteuerlichen, teils (wenn man daran denkt, daß es eigentlich Jollentzabdation ist) trivialen Zustand, daß in allen prinzipiellen Fragen der großen Politik Kaiser und Kronprinz divergieren, und daß ihre Divergenzen vor der Publizität des sensationenhungrigen Europa ziemlich ungeniert ausgetragen werden. Seitdem, bei der Marokkodesbatte im Wasserhaus, der Reich einer Desavouierung durch eine radikalistische Interpellation an den in der Färstenloge des Reichshauses den Addeutschen applaudierenden Langfuhrer Quaren mit Mühe vorüberging (der alte, eskamüde Bebel verhinderte das Spektakel!) — seitdem hat sich der Vorgang, daß des Kaisers Kellner in der und jener Frage demonstriativ gegen die Reichsregierung Front machte, zuweilen, im Kleinen, wiederholt. Um dieser interessanten Genoschheit nicht unrein zu werden, hat der künftige dritte Wilhelm es für ratsam gehalten, jetzt, knapp nach offizieller Begegnung der Beisensanten, die ganze unelbige Affäre noch einmal durch eine peinliche Sensation aufzurühren, nämlich durch eine aggressive Epistel an den Kanzler, deren Inhalt er noch dazu durch seinen Freund Dr. Liman den Weg in die Presse machen ließ. Eine Abschrift dieses Briefes — dessen Wortlaut nicht in die Öffentlichkeit gegeben wurde — liegt vor mir. Kronprinz Wilhelm verlangt darin nach wie vor einen offiziellen, juristisch anerkenntbaren Bericht seines Schwagers Ernst August. Und er wendet sich am Schluß des Schreibens noch einmal gegen das von Herrn von Bethmann Hollweg geschaffene Kompromiß: daß man sich mit einer weitgehenden Auslegung des vom Bringen geschworenen Fahneneides begnügen könne. An sonst nicht schlecht orientierter Stelle zu Berlin wird die Meinung diskutiert, bei diesem Akt des Thronjägers handle sich nicht so sehr um die darin veritete Sache — als um einen der Person geltenden Vorstoß gegen den Reichskanzler. Zu beurteilen, ob das stimmt, ist nicht leicht. Es mag wahr sein, daß die trodene, philosophische, Temperamentsäußerungen abholde Amtsführung des derzeitigen Reichskanzlers, seine der Parteipolitik sehr abholde öffentliche Kalkül, seine der Jugendlichkeit klaffend entbehrende, langweilhaft gemessene politische Tonart nicht nach dem Geschmack unseres blondhäutigen Gelehrten sind. Aber andererseits ist Langfuhr ein hartes Pfalter; und Dr. v. Bethmann Hollweg muß dem Kronprinzen alles in allem eine gleichgültige Person sein, um derentwillen man sich nicht so ohne weiteres dem Risiko einer Prolongation der westpreussischen Idalle aussetzt — etwa den Herren v. Oldenburg und Genossen zuliebe. Kaiser liegt also, den neuen Fall als eine Kronprinzliche Temperamentsfrage anzusehen.

Gestern hat in Potsdam zwischen dem Kaiser und dem Kronprinzen eine Aussprache über die Kronprinzliche Einmischung stattgefunden. Wie sie ausgefallen ist, weiß man nicht; doch läßt die gemeldete Tatsache, daß der Kronprinz nach der Unterredung nach Berlin fuhr — ohne an der Frühstückstafel teilzunehmen — darauf schließen, daß er nicht in bester Stimmung gewesen sein mag.

Vorläufig meldet das Wolffsche Teleg.-Bureau und die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, daß der Kronprinz an den Reichskanzler einen Brief gerichtet hat, in dem er sein lebhaftes Bedauern darüber ausgesprochen hat, daß sein Privatbrief an den Reichskanzler öffentlich erwähnt worden ist. Bölig falsch sei die Auslegung eines Teiles der Presse, als stelle er sich in Opposition zum Kaiser. In der Sache selbst habe der Kronprinz dem Reichskanzler erwidert, daß dessen Schreiben für ihn zur Klärung der Angelegenheit wesentlich beigetragen hat.

Vielleicht hat die Geschichte noch ein weiteres Nachspiel.

Der Völkerschlachtkessel.

Die Zeppelinunglücke fangen an, eine epidemische Todesursache zu werden. Dies hier ist der zehnte. Und während sich Menschen unter brennenden Sparren wälzten, feierten sie in Leipzig eine stichsichtige Feier, bei der der Patriotismus und der Sinn auf die Kosten kamen.

Was liegt hier vor? Als damals bei Schierdingen dem Grafen Zeppelin sein Luftschiff herunterbrannte, ergriff die Deutschen eine eigentümliche Wallung, die man sonst bei ihnen nicht beobachten konnte. Sie nahmen die Partei eines Mannes, dem sein Werk mißglückt war. Wie ein Stroh ging's durch das Land: Sammeln! — Es kam eine Menge Geldes zusammen, und wer genauer hinsah, dem mochte das damals schon merkwürdig vorkommen. Nun hat sich im Lauf der Jahre herausgestellt, daß wirklich der Chauvinismus hinter dieser Begeisterung, die durch dick und dünn der Pallonecke mitging, dahintersteckte. Man billigte und förderte diese unfruchtige Weisheitsfabel, die einer unfertigen Erfindung galt. Die Franzosen waren aus irgendwelchen Gründen in der Luftschiffahrt voraus — wir nach! — Dazu kam der wahnwitzige aldeutsche Gedanke, eine neue Technik zuerst auf ihre Kriegebrauchbarkeit zu untersuchen, — als ob Stevenson den Lokomotiven vorne spitze Messer angehängt hätte, um sie den „Feinden“ in den Leib zu rennen! — Sie bauten Ballons, — einer nach dem anderen fiel herunter, verbrannte, flog davon... die Begeisterung hielt an. Elepiter hielten sich wohl etwas zurück, aber ein Hauptmann, der das neue System nicht unbedingt lobte, wurde als Feind des Vaterlandes beschrien, Konkurrenzneid wurde ihm vorgeworfen... Weiter bauen! —

Und das Unglaubliche ist, daß nun, nach dem zehnten Fiasko, die Stimmung noch nicht umschlagen will! — Man höre die Presse: „Sie haben fürs Vaterland!“ — Sie haben gar nicht fürs Vaterland. Sie freipterten es, weil die Massensuggestion nicht zugeben wollte und will, daß man sich geirrt habe. Keinem der leitenden Personen ist ein Vorwurf zu machen: sie glaubens sich wohl alle selbst, sonst wären sie nicht mit hinaufgeschwitten. Folge waren sie nicht. Aber das System hefte sie in den Tod — und in was für einen Tod! — das System, das sich einmal in den Zeppelin verhasst hat, und nun nicht mehr losläßt. Keiner traut sich. „Und dennoch!“ — Aber es ist nunmehr, nach dem 17. Oktober 1912, ein Verbrechen, noch heute, die sich nicht gegen den Befehl wehren können, auf so einem Nordschiff in die Luft zu schiden. Brauchen wir noch Sachverständigen? Sagen nicht zehn Katastrophen alles und noch mehr? Mit Phrasen kommt man über die Fehler nicht weg. In der vorderen Gondel fand man die Leichen der Offiziere, die dort getreu ihrer Pflicht, bis zum letzten Augenblick ausgeharrt hatten.“ Was hätten sie sonst tun sollen? — Hinauspringen? — Ist das Rettung? — Aber man braucht das Melodrama. Reim, die Presse hat den Posten, den sie auch angeht, des Todes dieser dreißig nicht verlassen hat, bis zum

lehren Augenblick inne: den Posten der besinnungslosen Phrase, die alles Weiterwärteln beschönigt und um Gotteswillen keine Veränderung wünscht. Die Ungläubigen! — Sie sind auch jetzt noch nicht zu bewegen, den Bau von starken Luftkriegsschiffen zu beanstanden! — Wie lange noch . . . ?

Im Kampf mit den Bischöfen.

Trotz des auf dem Meyer Katholikentage feierlich verkündeten Gottesfriedens wird das Kriegsbeil im Lager der Klerikalen heftiger geschwungen als zuvor. Die Gegensätze sind eben nicht zu überbrücken. Das konstatiert auch die „Kölnische Volkszeitung“ (Nr. 301) dadurch, daß sie alle „Quertreiber“, also auch eine Reihe deutscher Bischöfe, für außerhalb der Zentrumsparthei stehend erklärt. „Innerhalb der Zentrumsparthei“, könne von einem Nichtigkeitsstreit nicht mehr die Rede sein. Mit scharfer Spitze wendet sich der Artikel gegen den Bischof Korum von Trier, weil dieser neuerlich seine Ministerarbeit gegen die Kölner Richtung öffentlich dadurch bekräftigt hat, daß er die „Quertreiber“-Zeitschrift „Petrusblätter“ lobte. Sie schreibt darüber:

„Gewiß, eine solche Tatsache kann auch der Zentrumsparthei nicht gleichgültig sein, das versteht sich bei der hohen Stellung und dem aus ihr sich ergebenden Einfluß eines Bischofs von selbst. Um das anzuerkennen, braucht man gar nicht Katholik zu sein; der politische Charakter der Zentrumsparthei wird dadurch nicht berührt. Eben dieser politische nichtkonfessionelle Charakter der Zentrumsparthei gibt und aber auch das Recht zu sagen:

Wir in der Zentrumsparthei werden ebenso wenig einem Bischof vorschreiben wollen, welche politische Stellung er dem Zentrum gegenüber einnehmen will, wie umgekehrt die Stellungnahme eines Bischofs in politischen Fragen, genauer gesagt außerhalb der Sphäre seines bischöflichen Amtes für die Entscheidungen der deutschen Zentrumsparthei entscheidend sein kann.“

Dieser Wink gilt natürlich auch dem Kölner Erz-bischof.

Kriegstechnik.

In der Frankfurter „Lunghau“ berichtet Hauptmann Desele, daß Ingenieur Schumann eine neue Panzerplatte konstruiert hat. Die „Schumannsche Kompositionplatte“ ist eine Ritzstahlpfanzplatte mit einer dahintergelegten unelastischen Leichtmetallplatte, durch zahlreiche Schraubenschrauben zu einer Platte vereinigt. Dadurch besitzt nach den Angaben des Hauptmanns Desele die Kompositionspanzerplatte eine Widerstandsfähigkeit, wie sie bei einer gleich schweren Stahlpfanzplatte auch nicht annähernd vorhanden ist. Bei der neuen Panzerplatte trifft das Geschloß auf den zwar harten, aber immerhin noch elastischen Stahl und zerbricht sich dort ein, trifft dann auf die harte, aber unelastischere Leichtmetallplatte, die verhindert, daß der Stahl seine Elastizitätsgrenze überschreitet. Die Kompositionspanzerplatte ist erheblich leichter als eine reine Stahlplatte von gleichem Widerstand. Auch sollen die Herstellungskosten viel niedriger sein, als bei den heutigen Stahlpfanzplatten.

Krupp wird sich wohl der neuen Erfindung annehmen. Und wenn er die neue Panzerplatte zur Einführung gebracht haben wird, wird er wieder Kanonen bringen, die dem neuen Panzer gewachsen sind. Das ist ein gutes Geschäft, bei dem Michel der Geprüllte ist.

Wie in Bayern geschieht, was die Geistlichkeit will.

Aus München wird uns geschrieben: In Nr. 258 des „Vorwärts“ wurde berichtet, daß in dem unweit München gelegenen Städtchen Dachau die Genossen sich beim Bezirksamt darüber beschwert haben, daß der Ortspfarrer und seine zwei Kooperatoren in dem Religionsunterricht, den sie in der Schule erteilen müssen, auch die Agitation gegen die Sozialdemokratie betreiben. Weiter war mitgeteilt, daß die Regierung von Oberbayern die Beschwerde nicht untersucht und die Beschwerdeführer an den Erzbischof von München verwies, also ihr Kuffischrecht über die Schule in diesem Falle einfach an den Erzbischof abtrat. Nun ist aus Dachau schon wieder ein für das schwarze Bayern charakteristisches Vorkommnis zu melden. Am 1. Mai cr. marschierten die Dachauer Sozialdemokraten und die Mitglieder der freien Gewerkschaften in einem Festzug durch den Ort auf den Festplatz und an der Spitze des Zuges befanden sich — drei feiertagskulpflichtige Jungen, die bei der Freien Turnerschaft Turnunterricht nahmen, als Trommler. Die Genossen dachten sich, daß sie bei ihren Festzügen auch jugendliche Trommler verwenden dürften, nachdem die Trommler des katholischen Jugendvereins bei allen möglichen Festzügen, selbst bei jenen des Veteranenvereins, mitm. Aber der Herr Pfarrer — er heißt Taubenberg — erblickte in dem Trommeln am 1. Mai ein großes Verbrechen, eine Verletzung umstürzlerischer Gesinnung. Und darum erkrankete er in seiner Eigenschaft als Volksschulinspektor der weltlichen Behörde Anzeige über das gräßliche Vorkommnis. Die Regierung von Oberbayern enttäuschte seine Erwartungen nicht und verbot wegen dieser Kleinigkeit der gesamten kulpflichtigen Jugend für die Zukunft die Teilnahme an den Übungen der Freien Turnerschaft. Auch sie hat das Trommeln der Jungen als eine politische Tätigkeit aufgefaßt.

Nun können wir zwei interessante Tatsachen konstatieren. Als die Dachauer Sozialdemokraten sich darüber beschwerten, daß der Pfarrer von Dachau und seine zwei Kooperatoren bei der kulpflichtigen Jugend Agitation trieben, da war die Regierung von Oberbayern so nachsichtig, daß sie die Angaben der Beschwerde nicht einmal genau untersuchte, geschweige denn gegen die Geistlichen einschritt. Als aber der Herr Pfarrer Taubenberg, der selbst zu diesen Geistlichen gehört, also die kulpflichtige Jugend sogar mit politischen Erörterungen beglückte hatte, in dem harmlosen Trommeln vom 1. Mai eine politische Verletzung Jugendlicher sah, da schritt die Regierung von Oberbayern mit den schärfsten Mitteln ein.

Ausweisung.

In Hamburg hat der Buchdrucker Steinhardt, der österreichischer Staatsangehöriger ist, aber seit elf Jahren in Hamburg anständig war, den politischen Ausweisungsbefehl erhalten. Vermutlich ist die Ausweisung auf die Demunziation eines Scharfmachers unter dem Hamburger Buchdruckerprinzipal hin erfolgt; denn Genosse Steinhardt hat sich in der politischen Organisation, der er angehörte, stets die gebotene Zurückhaltung auferlegt, dagegen sich in der Gemerkschaft seines Berufs eifrig betätigt. Das muß er nun mit dem Verzicht auf die „freie“ Hamburger Luft läßen.

Argentinien.

Soziales und politisches Elend.

Von dem Sekretär einer der größten Gewerkschaften in Buenos Aires wird dem Internationalen Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen geschrieben: Wir sehen uns verpflichtet, Ihnen eine genaue Darstellung der höchsten Arbeiterverhältnisse zu geben, um die europäischen Arbeiter vor einer Auswanderung zu warnen und vor viel Not und Elend zu bewahren. Nach dem Bericht des hiesigen amtlichen Arbeitsrates sollen allein in Buenos Aires 80 000 Arbeitslose auf den Straßen liegen. Von unzähligen gewissenlosen Regierungen aber geschieht nichts gegen die Arbeitslosigkeit, ja sie unter-

hält auch jetzt in Europa Auswanderungsagenten. Daher kommt es, daß jeder eintreffende Dampfer mit Einwanderern überladen ist. Die Einwanderer werden drei Tage im Emigrantenamt unterhalten und dann auf die Straße gesetzt, um für die immer neu ankommenden Maß zu machen. Regierung und Arbeitgeber erzielen dabei ihren Zweck, das heißt: eine kolossale Reservearmee von Arbeitern zu haben, um auf diese Weise den Lohn auf der alleruntersten Stufe zu halten. Daß unter diesen Umständen von einer starken Arbeiterorganisation keine Rede sein kann, ist selbstverständlich, denn bei jedem Streik sind Tausende da, welche für jeden Preis arbeiten möchten, nur um den Hunger zu stillen.

Von einer regulären Arbeiterbewegung kann überhaupt nicht die Rede sein, denn es existiert hier ein Sozialistengesetz in einer besonders brutalen Form. Jede Versammlung muß acht Tage vorher angemeldet sein und es hängt von der Laune des betreffenden Polizeikommissars ab, ob die Erlaubnis erteilt wird oder nicht. Reklamation gibt es nicht. Streikpostenstreiken ist streng verboten. Ein Schimpfwort für Streikbrecher, z. B. „Sammel“, wird mit ein bis drei Jahren Gefängnis bestraft. Die Zustände hier sind schlechter als in Rußland. Eine ganze Garde von Geheimpolizisten überwacht alle Arbeiterbewegungen und nach dem Gesetz (Lei de Resistencia) kann jeder Fremde auf der Straße festgenommen und ohne jedes gerichtliche Verfahren ausgewiesen oder, wenn er Argentinier ist, nach entferntesten Inseln verbannt werden. Tausende sind schon von diesem infamen Gesetz betroffen worden.

Es würde zu weit führen, alle Grausamkeiten der Regierung und des Unternehmertums hier zu schildern. Nur eins sei noch erwähnt, das ist das Verhalten des Generals von der Goltz, außerordentlichen Gesandten des Deutschen Reiches bei der hiesigen Zentenarausstellung. Der berühmte Feldmarschall wurde bei seiner Ankunft sofort von der Regierung mit Beschlag belegt, stets im Automobil oder Gyzragzug wohlbewacht von einem Vorkett zum anderen geschleppt, um die „Reichskiller des Landes“ kennen zu lernen. Von der Rehrseite der Medaille aber hat er nichts gesehen und daher sind die Arbeiter sehr empört darüber, daß dieser Herr in einem Buch einen Lobgesang auf das Land und seine Einrichtungen anstimmt, obwohl er das Land gar nicht kennt. Er hat sogar den Mut, es speziell für Deutsche als Paradies zu empfehlen. Während der Zentenarfeste wurden hier in Buenos Aires die Arbeiterzeitungen und Bibliotheken von den Patrioten und Pfaffen mit Hilfe der Polizei zerstört und verbrannt; Herr von der Goltz nennt das: Ueberschäumen des Patriotismus! Auch träumt er von einer Bebauung Argentiniens durch deutsche Ackerbauer! Weis denn der Marschall nicht, daß Argentinien überhaupt keinen Quadratmeter freies Land mehr hat, daß alles Land, welches sich zum Ackerbau eignet, längst an Generale und Politiker verpfändet oder in Händen von Spekulanten ist, also mit Wucherpreisen bezahlt werden muß? Das Land, welches die Regierung noch hat, ist unbrauchbar oder es ist Hunderte von Meilen vom Abfallgebiet entfernt, so daß die Produkte fast wertlos sind. Wenn die Darstellung der argentinischen Einwanderungsagenten in Europa ebenso einseitig ist, darf es allerdings nicht wundernehmen, daß so viele Tausende andauernd ihre vielleicht kümmerliche Existenz in Europa mit der Hölle, die sie hier erwartet, vertauschen.

Aus der Partei.

Büttelstreiche am Völkerschloßtag.

Stuttgart, 20. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der sozialdemokratische Verein Stuttgart hatte auf Freitagabend drei Versammlungen einberufen, die sich mit dem bürgerlichen Jubiläumstrummel zur Völkerschloß bei Leipzig beschäftigten. Die Polizeidirektion verbot das Versammlungspalast aus Gründen „der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung“. Auch ein zweites Plakat derselben demselben Schicksal. Erst ein drittes Plakat fand Gnade vor den Augen der Polizei. Die Stuttgarter Parteileitung hatte außerdem Flugblätter herausgegeben mit dem Text des ersten Plakats. Die Polizei verhaftete eine Anzahl der Flugblattverteiler, transportierte sie im Gefangenemwagen zur Polizeidirektion, unterwarf sie dem Fingerabdruckverfahren und hielt sie vom Mittag bis zum Abend in den Zellen mit allerlei verhafteten Einbrechern, Dieben usw. gefangen. Dieses rechtswidrige Vorgehen erregte in der Arbeiterschaft ungeheure Erbitterung. Die Versammlungen am Freitag waren demnach überfüllt, daß eine vierte Versammlung einberufen werden mußte. Außerdem demonstrierte die Communistische Arbeiterschaft besonders in einer fünften Versammlung. Am Sonntagvormittag fand alsdann eine Massenprotestversammlung gegen das gewalttätige Vorgehen der Polizei statt. Der Referent Weismeyer kritisierte die Maßnahmen der Polizei mit äußerster Schärfe. Die auch tiefste gereizte Arbeiterschaft gab ihrem Willen dann in folgender Erklärung Ausdruck:

Die Versammelten verurteilen aufs schärfste den rechtswidrigen Gewaltakt, den die Stuttgarter Polizei auf Anweisung des Polizeidirektors Dr. Büttinger an arbeitslosen Arbeitern verübt hat. Sie protestieren dagegen, daß ruhige, anständige Bürger der Stadt aus nichtiger Ursache wie Stralche und Verbrecher behandelt werden. Die Versammelten verlangen von der Stadtverwaltung, daß sie dafür Sorge trage, daß den von der Polizei Gemißhandelten volle Genugtuung gewährt und dem Polizeidirektor unmöglich gemacht wird, derartige Gewaltstreiche weiter zu verüben. Sollte die vorgesezte Behörde keine Garantie gegen derartige Uebergriffe der Polizei schaffen wollen, so ist es Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft Stuttgart, diesem Treiben mit allen gesetzlichen Mitteln zu wehren und in der Notwehr auch vor den schärfsten Gegenmaßnahmen nicht Halt zu machen. Die Verantwortung für die Folgen haben jene zu tragen, die verpflichtet sind, das Recht der Bürger gegen jedermann zu schützen, auch gegen die Polizei.“

Das Erfahren der Stuttgarter Polizei erinnert an die schlimmsten Zeiten des Sozialistengesetzes. Verständlich wird die polizeiliche Aufregung, wenn man bedenkt, wie unangenehm die württembergischen Hoffnungen von heute berührt werden müssen durch die Erinnerung an die Rolle, die der württembergische Landesvater vor hundert Jahren gespielt hat. Scharif dieser Franzosenfreund, der von Napoleons Gnaden „König“ geworden war, doch an den Korfen: „Ich erwarte mit Ungeduld die Nachricht vom Einzug Ew. Kaiserl. Majestät in Berlin.“ Derartige Erinnerungen passen natürlich schlecht in den Rahmen der heutigen byzantinischen Veranstaltungen.

Aus den Organisationen.

Die Frage der Erhöhung der Mitgliedsbeiträge beschäftigte in mehrstündiger Verhandlung die am letzten Sonntag abgehaltene Generalversammlung des Kreisvereins K. H. u. S. I. G. F. Mit dem Hinweis auf die wachsenden Aufgaben der Partei und auch auf die steigenden Ansprüche der Landesklasse hatte der Kreisvorstand die Erhöhung des Wochenbeitrags von 10 Pf. auf 15 Pf. beantragt.

Dagegen wendete sich, unter Berufung auf die eingetretene ungünstige Wirtschaftslage, die die Arbeiterschaft schwer bedrückt, die Mehrzahl der Delegierten. Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit circa 80 gegen 12 Stimmen abgelehnt und ebenso erging es einem Antrag, einen Monatsbeitrag von 60 Pf. einzuführen. Beschlossen wurde nur die Erhöhung des jetzigen Beitrags von 10 Pf. pro Woche auf 60 Pf. pro Monat.

Die Verschmelzung der beiden Agitationsbezirke Magdeburg und Anhalt wurde am Sonntag in Schönebeck a. S. beschloßen, nachdem die Frage bereits in getrennter Beratung zur Entscheidung gebracht worden war. Das neue Bezirksstatut wurde ebenfalls angenommen; es tritt am 1. April 1914 in Kraft. Dann wurden noch Berichte der Sekretäre, der Kreiskommission usw. entgegengenommen. Als Bezirksvorsitzender wurde Genosse Fabian Magdeburg gewählt.

Letzte Nachrichten.

Eine Erklärung Serbiens.

Belgrad, 20. Oktober. (B. L. Z.) Das Presbureau veröffentlicht folgendes Communiqué: Als die Albanesen in großer Zahl von Albanien her in unser Gebiet eindringen, unsere Dörfer in Brand stecken, kalten Wintes unsere Bevölkerung nieder machen und unsere Truppen angriffen, wurden unsererseits Maßnahmen ergriffen, um den Feind von unserem Gebiet zurückzuweisen. Bei dieser Gelegenheit hat die königliche Regierung sich jetzt durch ihre Art zu handeln, bewiesen wollen, daß sie die Rücksicht und Entschloßenheit der Großmächte respektiert. Sie hat zu wiederholten Malen erklärt, daß unsere Truppen sich darauf beschränken werden, das serbische Gebiet zu verteidigen, und daß sie keinerlei territoriale Eroberung machen werden. Gleichzeitig hat man unsererseits erklärt, daß, wenn unsere Truppen in albanesisches Gebiet eindringen und dort strategische Stellungen besetzen würden, dies nur eine provisorische Maßregel sein würde, daß die Truppen sich wieder zurückziehen würden, sobald die albanesische Grenze von der Internationalen Kommission festgesetzt und die Ordnung dort so wiederhergestellt wäre, daß das serbische Gebiet nicht mehr Gefahr laufen würde, von neuem verletzt zu werden.

Diese Erklärung der königlichen Regierung entspricht vollkommen den Rücksichten der Großmächte und zeigt klar die friedliche und korrekte Haltung Serbiens in dieser Frage. Wenn die königliche Regierung die Absicht hatte, im freundschaftlichen Geiste und im Interesse eines endgültigen Friedens bei den Großmächten einen Schritt zu unternehmen zur Verichtigung ihrer Grenze gegen das neue Albanien, so ist das ein Beweis mehr, daß Serbien in korrekter und freundschaftlicher Weise eine Frage lösen wollte, die eben sehr im Interesse der Regierung wie im Interesse Albaniens liegt.

Serbien hat also durch seine Haltung einen genügenden Beweis gegeben, daß es nicht die Absicht hat, auf eigenmächtigem Wege und mit Gewalt die Beschlüsse der Großmächte abzuändern. Indessen hatte diese Absicht der serbischen Regierung, die in keiner Weise die Interessen irgendeines Staates berührt haben würde, noch nicht ausgeführt werden können, als schon Oesterreich-Ungarn Vorwürfe gegen Serbien erhob.

Oesterreich-Ungarn ist unzufrieden mit der Erklärung der serbischen Regierung und fordert durch ein Ultimatum, daß die serbischen Truppen sich hinter die von der Londoner Konferenz festgesetzte Grenze zurückziehen in einer Frist von 8 Tagen oder es werde andernfalls Maßnahmen ergriffen, um seine Forderung durchzusetzen. Nach diesem unerwarteten Schritt hat die serbische Regierung getreu ihrer verhältnismäßigen Politik und in dem Wunsch, von neuem einen Beweis ihrer korrekten und friedlichen Haltung zu geben, ihren Truppen den Befehl gegeben, sich hinter die von der Londoner Konferenz festgesetzte Grenze zurückziehen, indem sie die Verantwortung für diesen Akt denen überläßt, die nur auf diese Weise die Ueberzeugung von einem Europa in Frieden zu festigen glauben.

Mitgliederflucht aus dem reaktionären Frauenstimmrechtsverband.

Frankfurt a. M., 20. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Eisenacher Tagung des Frauenstimmrechtsverbandes zieht weitere Kreise. In der heutigen Generalversammlung der Frankfurter Ortsgruppe erklärte Frau Dr. Levisohn als Protest gegen die reaktionäre Zusammensetzung des Hauptvorstandes ihren Austritt aus dem Frankfurter Vorstand. Wie bekanntgegeben wurde, ist auch der Hamburger Landesverband mit über 1000 Mitgliedern aus dem Frauenstimmrechtsverband ausgetreten.

Korruption galizischer Behörden.

Wien, 20. Oktober. (B. L. Z.) „Die Zeit“ berichtet: Auf Grund der bei der Canadian Pacific Railway beschlagnahmten Materialien erscheinen vier hohe Beamte, eine Anzahl Abgeordneter und sehr viele galizische Polizei- und Gendarmerieserganten belastet. Die Beamten, in deren Wirkungskreis die Auswanderungsangelegenheiten gehören, sollen in Fällen, wo Auswanderertransporte von der Polizei angehalten wurden, auf Ersuchen der Gesellschaft mehrfach zu deren Gunsten eingeschritten sein, so daß die Transporte frei passieren konnten.

Mrs. Panhurst in Amerika.

New York, 20. Oktober. (B. L. Z.) Wie bereits vor einigen Tagen gemeldet wurde, ist Mrs. Panhurst bei ihrer Landung auf amerikanischem Boden im Auftrage der amerikanischen Einwanderungsbehörden verhaftet worden. Nunmehr hat die Washingtoner Regierung den Befehl der Einwanderungsbehörden umgesetzt. Allerdings ist Mrs. Panhurst nicht das dauernde Verbleiben in den Vereinigten Staaten gestattet worden. Es wurde ihr vielmehr nur die Erlaubnis erteilt, ihre beabsichtigten Reden für die Sache der Frauenstimmrechtlerinnen zu halten; dann aber muß die Frauenstimmrechtlerin das Gebiet der U. S. A. wieder verlassen.

Ein neues Cholera-Heilverfahren.

Brag, 20. Oktober. (B. L. Z.) Dem Vorsteher des Pharmaceutischen Instituts der Prager Universität, Professor Bichowski, ist es gelungen, Teerölle bei Cholerafranken mit großem Erfolge anzuwenden. Professor Bichowski ist es gelungen, einen Bazillenträger, den er in Behandlung hatte, durch Ansetzung von Teerölle sehr rasch zu heilen. Durch die Anwendung von Teerölle bei der Behandlung von Cholerafranken und insbesondere von Bazillenträgern sind neue Wege gemessen worden.

Todessturz eines Fliegers.

Spinal, 20. Oktober. Infolge einer Explosion des Motors ist heute ein Fliegercorporal aus einer Höhe von 500 Meter in die Wäsel gestürzt. Der Flieger wurde bestunntungslos ans Land gebracht, starb aber nach kurzer Zeit.

A. Wertheim heute billige Lebensmittel

Fleisch, Wurstwaren, Geflügel, Fische, Obst, Gemüse

4. Wahlkreis.

Dienstag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr:

**Zwei öffentliche
Kommunalwähler-Versammlungen
der 6., 16. u. 22. Kommunalwahlbezirke**

in den Lokalen:
Luisenstadt-Kasino, Draniensstr. 180; Voeter, Weberstr. 17.

1. Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl und unsere Forderungen im Rathaus.

2. Diskussion.
Referenten sind Me. Stabth. Genossen E. Bauner, P. Böhme, H. Wengels.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Linienstr. 83-85.
Telephon: Umi Korben 185, 1289, 1987, 9714.

Mittwoch, den 22. Oktober 1913, abends 8 Uhr:

**Versammlung
des technischen Personals (Handwerker
und Helfer) aller Verkehrsinstitute
Groß-Berlins**

in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18 (großer Saal).
Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Otto Büchner über: „Die Reichsversicherungsordnung und die Betriebskrankentassen“.
2. Diskussion. 3. Die Agitation bei dem technischen Personal aller Verkehrsinstitute. Referent: G. Wegner. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes.

In dieser Versammlung sind alle Kollegen folgender Verkehrsinstitute eingeladen:

Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft.
Städtische Straßenbahnen.
Berliner Straßenbahnen.
Berlin-Charlottenburger Straßenbahn.
Vorort-Straßenbahn-Gesellschaften.
Berliner Omnibus-Gesellschaft.
Hoch- u. Untergrundbahn-Gesellschaft usw.

Mittwoch, den 22. Oktober 1913, abends 8 1/2 Uhr:

**Mitglieder-Versammlung
der Klempner**
in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.
Tagesordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Wahl des Branchenleiters und der Kommission. 3. Branchenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Mittwoch, den 22. Oktober 1913, abends 8 1/2 Uhr:

**Branchen-Versammlung
der Drahtarbeiter**
im Saal von Brinkmann (früher Werfendoff), Andreasstr. 26.
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Mittwoch, den 22. Oktober 1913, abends 8 1/2 Uhr:

**Branchen-Versammlung
der Graveure und Ziseleure**
in den Corona-Prachtsälen, Kommandantenstraße 72.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Robert Breuer über: „Gibt es eine Soziologie der Kunst?“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

**Branchen-Versammlungen
der Eisen-, Metall- und Revolverdreher
sowie Mundschleifer**

Mittwoch, den 22. Oktober 1913, abends 6 Uhr,
in Frankes Festsälen, Sadowstraße 19.

Donnerstag, den 23. Oktober 1913, abends 6 Uhr,
in den Hohenstaufen-Sälen, Rottbuscher Damm 76.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:
1. Die Festsetzung der Akkordpreise durch Kalkulationsbüreau und unsere Stellung dazu. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zu der Versammlung am 22. Oktober sind die Kollegen aus dem 18., 19., 20. und 21. Bezirk, zu der Versammlung am 23. Oktober die Kollegen aus dem 5., 6., 7., 8., 11. und 12. Bezirk besonders eingeladen. Für die übrigen Bezirke sowie für die Schichtarbeiter finden Versammlungen am 29. und 30. Oktober statt.

Zahlreichen Besuch obiger Versammlungen erwartet
Die Ortsverwaltung. 128/5

Handelsangestellte, Handelshilfsarbeiter!

Donnerstag, den 23. Oktober 1913, abends 8 1/2 Uhr:

Große öffentliche Versammlung
in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Straße Nr. 96-97.

Hier mit der Sonntagsruhe!

Referent Reichstagsabgeordneter Oswald Schumann.

Freie Aussprache!

Verkäufer, Verkäuferinnen, Hausdiener, Pader u. Paderinnen, Einkäufer, Fahrstuhlführer usw. erscheint in Massen, damit der Eindruck dieser Kundgebung ein machtvoller ist.

Zentralverband der Handlungsgehilfen. Deutscher Transportarbeiterverband.

Schöneberg.

Dienstag, den 21. Oktober 1913, abends 8 Uhr,
im Schwarzen Adler, Hauptstr. 144:

Volks- u. Kommunalwähler-Versammlung.

Thema: **Wählt Sozialdemokraten.** Referent:
Genosse Dr. Rudolf Breitscheid. — Diskussion.
Genossinnen und Genossen! Agitiert für zahlreiche Besuch!

Der Vorstand. 16/3

Wahlverein Charlottenburg.

Dienstag, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
im Volkshaus, Rosinenstraße 3:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht vom Parteitag. 2. Diskussion. 3. Massenbericht. 4. Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl. 5. Vereinsangelegenheiten. 6. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Achtung! Kartonbranche. Achtung!

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Dienstag, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15 (großer Saal):

Versammlung

der in der Groß-Berliner Kartonindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:
1. Verfassungsfragen in Deutschland.
Referent: Genosse Wäcke.
2. Was geht in der Branche vor?
Kollegen und Kolleginnen! Der einzelne kann nichts, vereint können wir alles erreichen! Erscheint darum pünktlich zu dieser Versammlung.
Die Branchenleitung. 25/2

Deutscher Kürschner-Verband.

Filiale Berlin.

Bureau u. Arbeitsnachweis: NO. 43, Weinstr. 8. Fernspr.: Königsstadt 6759

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere

General-Versammlung

nicht Mittwoch, den 22., sondern am

Montag, 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,

in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31,
stattfindet. 100/16 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Rohrleger und Helfer! Achtung!

Die Kollegen werden hierdurch aufmerksam gemacht, daß laut § 38 des Lohntarifs vom 15. Oktober bis 1. April auf den Bauten Ofen nebst Heizmaterial vom Arbeitgeber zu liefern ist.

Die Kollegen werden aufgefordert, für strikte Einhaltung des Tarifs zu sorgen. In dem Falle, wo sich ein Arbeitgeber weigert, Ofen nebst Heizmaterial zu liefern, werden die Kollegen ersucht, dies sofort ihrer Organisation zu melden.

Die Arbeitnehmermitglieder der Schlichtungskommission.

Tausende befreit!

Bandwurm

mit Kopf (Spul u. Madenwürmer) befreit meist binnen 2 Stunden leicht und vollständig gefahrlos ohne Bewusstseinsänderung das vollkommen unschädliche, natürliche **Refel's Bändwurm**mittel.
Keine unangenehmen Nachwirkungen, keine Hungerkur, nicht angreifl. u. ohne Nachteil, auch wenn Bandwurm nur vermutet wird. Einfachste Anwendung. Für Erwachsene 2., Kind. (Altersang.) 1/2. All. echt in Marke „Medico“ u. Namen Otto Refel, Berlin 43 Eisenbahnstr. 4. Wo in Drogerien nicht erh. III. doktr. Zus.

Spezialarzt

für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Mata. Blutuntersuchung. • Schnelle, sich. Heilung. Mäßige Preise.
Dr. med. Wockentuf, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) Sprechst. v. 8-9, Sonntags 8-10.

Steinarbeiter.

Mittwoch, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59:

Große Versammlung mit Frauen.

Tagesordnung:
1. „Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung.“
Referent: Genosse Otto Hanke. 171/20
2. Abrechnung vom 3. Quartal.
Um pünktliches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Glasarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Glaschleifer, Polierer, Beleger!

Dienstag, den 21. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr,
bei Voeter, Weberstraße 17:

Versammlung

der streikenden und arbeitslosen Kollegen.

Tagesordnung:
Stand unserer Bewegung und welche Maßnahmen treffen wir?
Um pünktliches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung. A. H. W. Schröder. 71/2

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen:

Bürsten- und Pinselmacher.

Mittwoch, den 22. Oktober 1913, abends 8 1/2 Uhr,
in Gernolds Vereinshaus, Holzmarktstr. 21.

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Branchenkonferenz und Anträge. 2. Wahl der Delegierten. 3. Branchenangelegenheiten.

Kamm- und Haarschmuckbranche.

Mittwoch, den 22. Oktober 1913, abends 8 Uhr,
bei Morkowski, Andreasstr. 26.

Tagesordnung:
1. Vortrag über: „Wirtschaftskrisen“. Referent: Kollege Jahn. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Stock- und Zelluloidarbeiter.

Donnerstag, den 23. Oktober 1913, abends 6 Uhr,
im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Wilhelm Ritzke: „Die Volkserlöse“. 2. Branchenangelegenheiten.

Bodenleger.

Mittwoch, den 22. Oktober 1913, abends 6 1/2 Uhr,
bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.

Tagesordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Abrechnung der Branchenliste. 3. Wahl eines Kommissionsmitgliedes und Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung. 90/16

Tanzlehrer-Verband „Solidarität“.

Den geehrten Vereinen, Gewerkschaften und Saalbesitzern zur geg. Kenntnis, daß wir unsere Geschäftsstelle nach

Neukölln, Weichselstraße 8

Telephon: Neukölln 406 (Heinrich)

verlegt haben.

Wir empfehlen uns zur Erteilung von Tanzunterricht, Einstudierung von Quadrillen, speziell zur Leitung von Ballfestlichkeiten. Bestellungen erbitten nach Neukölln, Weichselstraße 8, Telephon: Neukölln 406 (Rich. Heinrich). 198/2

Der Vorstand. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Gewerkschaftliches.

„Christlicher“ Terror.

Den Höhepunkt der christlichen Nächstenliebe und Duldsamkeit hat zweifellos das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften in Gnesen erklommen. In einer dortigen Tischlerei wurde ein christlich organisierter Holzarbeiter wegen angeblich übler Nachrede über seinen Arbeitgeber entlassen. Da die Schuld des Entlassenen durchaus nicht so hell erwiesen und außerdem die Beleidigung des Arbeitgebers nicht so schwer war, versuchte ein dort ebenfalls beschäftigter freigeorganisierter Holzarbeiter, durch persönliche Fürsprache beim Unternehmer die Entlassung rückgängig zu machen, aber ohne Erfolg. Obgleich diese Bemühungen des Verbändlers dem Entlassenen bekannt waren, wurde jetzt von den Christlichen auf einmal behauptet, der freigeorganisierte Holzarbeiter habe dessen Entlassung erzwungen, weil er nicht dem Holzarbeiterverbande beitreten wollte. Als sich der so Verdächtige gegen den christlichen Schwindler verwahrte, entgegnete ihm der christliche Sekretär Szykowny: „Da wir als christlich Organisierte vorherrschend sind, dulden wir andere Gewerkschaftler hier nicht!“

Da der Arbeitgeber auf diesen Schwindler nicht einging, fuhren die Christen härteres Geschick auf. Sie schrieben dem Arbeitgeber folgenden Brief:

Ortskartell der Christlichen Gewerkschaften Gnesen, den 1. 10. 1913.

Herrn Hierseibst.

Geehrter Herr!

Bei der zuletzt stattgefundenen Sitzung hielt sich das Ortskartell der Christlichen Gewerkschaften, welchen die Gnesener Maurer, Zimmerer, Tischler etc. angehören, über die Bewerbe des Tischlerverbandes auf, daß Sie als christlicher Arbeitgeber, Pole, sehr wenig christliches Empfinden besitzen, indem Sie in Ihrer Werkstätte Leute beschäftigen, die dem sozialdemokratischen Verbände angehören, jedoch Leute unseres Bekenntnisses vermeiden Sie möglichst. Wie denken nicht etwa Ihnen Vorschriften zu machen, wenn Sie beschäftigen sollen, bezweifeln aber sehr, ob Sie weitere Bestellungen von Kirchengemeinschaften erhalten, falls Sie darüber orientiert sind, daß ein Meister Kirchenarbeiten erhält, der Leute beschäftigt, die gegen die katholische Kirche sind.

Mithin empfehlen wir der Ueberlegung. Mit Hochachtung! Für den Vorstand des Ortskartells J. A. Stefan Szykowny, 1. Sekretär.

Bezeichnend ist es für die Toleranz und Duldsamkeit der Christen, die sich im ganzen übrigen Deutschen Reich als streng national gesinnt bezeichnen, in einer überwiegend polnischen Stadt einen kleinen Unternehmer daran zu erinnern, daß er Pole ist und Kirchenarbeiten hat. Wer die Verhältnisse in den katholischen Gegenden mit ihrer fanatischen Bevölkerung kennt, weiß, was eine solche Drohung mit dem Beschäftigten von Leuten, die gegen die katholische Kirche sind, zu bedeuten hat. Wer sich nicht fügt, der flieht einfach. So verlangen es die Christen. Das ist aber kein Terror! Diese Gesellschaft hat nach wie vor das Recht, andere zu terrorisieren, und kein Staatsanwalt wird sich finden, der diese Sippchaft am Tragen nimmt.

Berlin und Umgegend.

Bundestag der technisch-industriellen Beamten.

Der zehnte Bundestag der technisch-industriellen Beamten fand am Sonnabend und Sonntag in Berlin statt. Die Verhandlungen waren im Gegensatz zu der ursprünglich in Aussicht genommenen

Kleines feuilleton.

Jubiläumspoësie.

Jedes Gedicht soll im Goethe'schen Sinne ein Gelegenheitsgedicht sein; ein tiefes Erlebnis nur soll sich zu einem Kunstwerk verdichten. Anders sieht es mit den sogenannten Gelegenheitsdichtungen. An sie pflegt man mit Recht hohe Ansprüche zu stellen. Im Namen schon liegt heute die Andeutung der Minderwertigkeit. Und doch sind Gelegenheitsdichtungen heute noch gern gesehen. Besonders sind es patriotische Kreise und solche, die als patriotisch gelten wollen, bei denen „Festspiele“ sehr beliebt sind — wenn sie allen byzantinischen Wünschen der Auftraggeber gerecht werden. Große Dichter vermögen solche Aufträge selten nach Verlangen zu effektuieren. Jubiläen, die man in Deutschland gern und reichlich feiert, zeitigen nun gewöhnlich eine Flut von Jubiläumspoësieen. Wie wird der arme, alte Pegasus da mit den Sporen, die man sich gerne verdienen möchte, zerkratzt und zerschunden, daß die alte Röhre überhaupt nur von der Stelle kommt. Jedes kleinste Amt- und Winkelflättchen glaubt seinen p. t. Lesern einen zeitgemäßen poetischen Erguß fernbringen zu müssen, obwohl in den Adern dieser Stribenten nicht Poësie und Herzblut fließt, sondern Heuchelei, Hohlheit und Phrasen. Und alles Röhren bringt dann ein erbärmliches Gebräu zustande.

Lassen wir es doch genug sein mit dieser Barbarei, Geschmacklosigkeit und Unkunst. Wir Deutschen sollten uns doch zu schade sein für solche etelhafte Kost. Man sollte es nicht wagen dürfen, uns, einem Volke mit gesunden Sinnen, solche Erbärmlichkeiten unter der Vorpiegelung vorzusetzen, das seien aus ehrlichem, tiefstem Empfinden geborene, heilige Aeußerungen erhabener Seelen. Schund ist's, Lüge, Schmach und gemeine Verstellung! Hinaus also aus unseren Häusern, wo es noch nicht geschehen ist, mit solchen Blättern voll von erlogenen Jubiläumspoësieen!

Rosses Leipzig-Blodade. Ein natürliches Interesse an der Völkerrückwärtsentwicklung hatte Rosse. Es sollten anlässlich dieser „glühend heißen Patriotenfeier“ die Abonnenten zurückerobert werden, die man sich durch einen freimütigen Bericht über das deutsche Turnfest leichtsinnig verschert hatte. Man entwandte eine bewährte Krast nach dem abtrünnig gewordenen Leipzig. Einen von der alten Garde, die sich noch lange nicht über gibt, wo ein Aufrechter vor Ekel beinahe stirbt. Der seriöse Berichterstatter Blod hat von den Leipziguern das Beste gesagt, wo man hat.

Zwischen diesem festlichen Jierat — schreibt er — wandeln und stehen die Leipziger und Leipzigerinnen umher und haben ihre Freude daran. Ein Fremder macht sich immer lächerlich, wenn er nach flüchtigem Augenschein über die Art der „Einheimischen“ urteilen will, aber so viel wagig doch zu sagen: die Leipzigerinnen

reichhaltigen Tagesordnung fast ganz dem Falle Lüdemann gewidmet. Es handelt sich dabei um die Entlassung des früheren ersten Geschäftsführers des Bundes, Herrn Lüdemann, die nach den Angaben der einen Partei wegen der autokratischen Geschäftsführung Lüdemanns, nach der andern Partei wegen einer Art Palastrevolution der Hilfssekretäre erfolgt sein soll.

Es wurden drei Resolutionen angenommen, deren erste erklärt, daß der Bundestag eine Entlassung Lüdemanns, die nur auf die Geschäftsführung gestützt wäre, nicht angenommen haben würde, obgleich sie in Bezug auf die Personenbehandlung nicht einwandfrei gewesen sei. (Aus diesem Beschluß ergibt sich, daß gewisse Anklagepunkte außerhalb des eigentlichen Geschäftsbetriebes für die Entlassung maßgebend gewesen sein müssen.) In der zweiten Resolution wird das Vergehen der Hilfssekretäre mißbilligt und bedauert, daß sie ihr berechtigtes Streben auf Verbesserung ihrer Lage durch persönliche Momente haben in falsche Bahnen leiten lassen. Schließlich wurde mit einer Stimme Mehrheit der Antrag, dem Vorstand ein Mißtrauensvotum im Fall Lüdemann auszustellen, abgelehnt.

Ueber den Schutz technischer Erfindungen der industriellen Angestellten referierte Diplomingenieur Kortensbach. Es fand auch eine lebhafte Debatte über die von der Reichsregierung veröffentlichten Vorentwürfe zu den neuen Patentgesetzen statt. Allgemein wurde gesagt, daß diese Entwürfe zwar die grundsätzlichen Forderungen der Angestellten prinzipiell anerkennen, dann aber durch Zulassung des vertraglichen Ausschusses der Erfindungsberechtigung an den angestellten Erfinder diese Anerkennung wieder zunichte machen, da die industriellen Firmen diesen Ausschluß zur Regel machen würden. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird die Abänderung der Vorentwürfe dahin gefordert, daß an Stelle des Anmelderechts das Erfinderrechte trete und die Bundesmitglieder werden ersucht, keinen Dienstvertrag zu unterzeichnen, in dem sie auf das Recht auf ihre eigene Erfindung verzichten müssen.

Alle sonstigen Tagesordnungspunkte mußten abgesetzt werden.

Achtung, Lämpfer! In Wilhelmshaven, Bremen, Oldenburg und in den sonstigen Orten an der Unterweser bestehen Lohnunterschiede. Zugung ist strengstens fernzuhalten. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Zum Hafnarbeiterstreik in Stettin.

Trotz aller magistralischen Schönfärberei scheinen die Leistungen der Arbeitswilligen doch nicht zu genügen. Nicht er doch alle Negler, um die Reihen der Ausständigen ins Wanken zu bringen. Nebenbei versuchen die Lademeister, Zollbeamte und sonstige Beamte ihr Glück, allerdings vergeblich, um Verräter aus den Reihen der Streikenden zu finden. In den meisten Fällen werden die Herren das Wiederkehren verweigern, denn die Frauen der Streikenden haben ihnen gewöhnlich keine schmeichelhafte Antwort erteilt.

Die Polizei geht in bekannter Schmeidigkeit gegen die Streikenden vor. Kürzlich wurde der Angestellte des Staats- und Gemeindefriedhofes, Genosse M o m m, unter dem Verdacht der Meißelstocherei verhaftet. Nur dem Umstande, daß selbst die arbeitswilligen Zeugen ihn für unschuldig erklärten, verbannt er seine Freilassung.

Am Sonntagmorgen fand im Volkshause eine Versammlung für die Frauen der Streikenden statt. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Das Referat hatten Fr. K a s e h o w s k i - B e r l i n und der Gauleiter S t r u n t übernommen. Die Referenten zeigten den anwesenden Frauen, daß es ihre Ehrenpflicht sei, ihre Männer in diesem schweren Kampfe wirksam zu unterstützen. Müssen sie und ihre Kinder doch in erster Linie unter den schlechten Löhnen leiden. Die Anwürfe und Beleidigungen, die sie mit dem Lohne nicht wirtschafte können, fallen auf diejenigen zurück, die sie erheben. Die Herren mögen doch mal selbst versuchen, ob sie mit Löhnen von 2,90 M. bis 3,25 M. eine Familie ernähren können. Auch der indifferente Mann werde die unerhörten Zumutungen des Stadtverordneten Häbert, daß, falls der Lohn nicht zum Sattessen lange, sie und ihre Kinder mitarbeiten sollen, die Augen geöffnet haben. Darum läge es im besonderen Interesse der Frauen, für eine Verbesserung dieser Zustände mitzuwirken. — Die Referate wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen und nachdem eine Resolution, die den städtischen Körperschaften übermitteln werden soll, einstimmig gutgeheißen. In dieser Resolution bringen die Frauen der streikenden Hafnarbeiter zum Ausdruck, daß sie gleich ihren kämpfenden Männern der Ueber-

zeugung sind, daß der Kampf den Arbeitern durch die bauenden Ablehnungen ihrer berechtigten Forderungen aufgezwungen wurde. Sie versprechen daher, ihre Männer in diesem um bessere Ernährung der Familie geführten Kampfe in der weitgehendsten Weise zu unterstützen und alle Opfer mit diesen gemeinsam zu tragen. An die städtischen Behörden richten die verarmten Frauen die Forderung, den städtischen Arbeitern Löhne zu zahlen, damit diese mit ihren Familien ein menschenwürdiges Dasein führen können.

Die freien Gewerkschaften preisgekrönt!

Die Ausstellung der gewerkschaftlichen Zentralverbände auf der Bauhaus-Ausstellung in Leipzig ist soeben mit der goldenen Medaille der Stadt Leipzig ausgezeichnet worden.

Mit dieser Würdigung der gewerkschaftlichen Ausstellung durch das Preisrichterkollegium dürften zugleich die Anwürfe einiger Schornsteinblätter völlig entkräftet sein, die der Öffentlichkeit Missgunst machen wollten, die Ausstellung der Gewerkschaften sei tendenziös und entsiehe in grober Weise die Tatsachen.

Christliches Großtun.

Die Christen fühlen öfter das Bedürfnis, ihre Bedeutung und ihre größere Werbefähigkeit herauszustellen. Dazu bedient man sich geeigneter Ausflüge aus dem Gesamtraum der gewerkschaftlichen Organisationen. In der „Westl. Arbeiterztg.“ wird nun berechnet, daß in der Rheinprovinz der christliche Metallarbeiterverband seit 1906 um 149,24 Proz. zugenommen habe, der „sozialdemokratische Metallarbeiterverband“ aber nur um 91,47 Proz. Das klingt sehr wichtig. Man muß aber berücksichtigen, daß der Metallarbeiterverband trotzdem vielmehr an Mitgliedern gewachsen ist als der christliche Metallarbeiterverein derer überhaupt nach dem „riesigen“ Wachstum zählt. Was das letztere anlangt, ist auch noch darauf zu verweisen, daß in manchen Betrieben die Angst vor christlichem Demagogentum größer ist als vor gelber Gemeinheit. Die Christen haben sehr wenig Ursache auf ihre — meist dazu nur eingebildete — Größe stolz zu sein. In Wirklichkeit ist die Organisation im Herzen der Eisen- und Stahlindustrie herzlich schlecht. Eindeutlich des Hirsch-Dunderscher Gewerkschaften zählen die Metallarbeiterorganisationen rund 38000 Mitglieder, die Zahl der beschäftigten Metallarbeiter jedoch beziffert sich auf rund 400000. Das Mißverhältnis erklärt es, warum die Arbeiter den Unternehmern gegenüber so wehrlos sind. Hier gibt es zu bessern.

Ausland.

Beendigung der Streikigkeiten in der Baumwollindustrie.

London, 18. Oktober 1913. (Fig. Ver.)

Die für den 25. angekündigte Aussperrung der Spinnereiarbeiter Lancashire wird nicht stattfinden, da die Arbeiter, die in der Fabrik Beschäftigung streikten, die Arbeit wieder aufgenommen haben. Gleichzeitig mit der Beendigung dieser Streikfrage ist auch eine andere Streikfrage beigelegt worden. In etwa 20 Fabriken Südost-Lancashire streikt die Arbeit schon seit einiger Zeit still (in einer seit sieben Monaten), weil sich Arbeiter und Arbeitgeber über die Frage des schlechten Spinnens streiten. Diese Differenzen sind jetzt beigelegt worden und die Fabriken werden wieder eröffnet werden.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Zur amerikanischen Zolltarifreform.

Der Anfang dieses Monats Gehey gewordene neue amerikanische Zolltarif, der wesentliche Herabsetzungen der bestehenden Zölle brachte, hat unsere deutschen hochkonzentriert gesinnten Industriellen mehrfach zu dem Geständnis veranlaßt, daß die Ermäßigung der Zölle die Konkurrenzfähigkeit der Vereinigten Staaten auf dem Weltmarkt stärken werde. Wohl bemähte man sich in jenen Kreisen, dieses Zugeständnis dahin abzuschwächen, daß nur die besonderen nordamerikanischen Verhältnisse die Zollermäßigungen verständlich machten und eine Uebertragung dieser Politik auf Deutschland ungerechtfertigt sein würde. Tatsächlich stand aber in erster Linie hinter dem Urteil über die Wirkungen des neuen Zolltarifs die Ueberzeugung, daß die Ermäßigung der Zölle auf Lebens-

endlichen Sieges der dämonisch einpinnenden und bezwingenden Leidenschaft eines jungen Weibes. Das Weib verrät einen Mann, der des Künstlers Freund ist, und der Künstler verrät ein schlichtes Mädchen, die ihm ein Kind schenkte. Nun naht im grauen Morgen nach der Liebesnacht die Erinnerung an die Wirklichkeit den vom Rausch Besiegten. Der Künstler liebt sein Kind, aber es macht ihn und die neue Geliebte unfrei, und beide wünschen dem Kind in heimlichen Gedanken den Tod. Der Zufall läßt das Kind am selbigen Morgen sterben. Die Welt dreht Nord, und in den Wirren der Verfolgung schlagen Schuldgefühle über den Liebenden zusammen. Vor den Selbstanklagen stehend, preißt Not und Furcht sie in gegenständig verdächtigenden Argwohn, der sich zu wilden, zerfleischenden Beschuldigungen, das Kind gemordet zu haben, steigert.

Aber diese Vorgänge sind nur Schale des Dramas. Der Kern ist ein qualbeladenes Ringen um das Wesen von verbrochenem Schuld. Ihr Kreis umfaßt viel mehr, als das Strafgesetz trifft. Es gibt auch ein Morben in Gedanken: „Unsere Gedanken, Worte, Vergeben sind auch verantwortlich.“ Jeder der drei das Drama tragenden Menschen — der Künstler, die Geliebte, der Freund — hat solch einen „Mord in Gedanken“ auf dem Gewissen. Befreiung kann nur das klarbewußte Selbstgeständnis bringen, schuldig zu sein, dem jeder in seiner Art durch blühende Tat einen Ausgleich schaffen muß. Aus der letzten Unerbittlichkeit Strindberg'schen Selbstbedeutens sind die Szenen dieses Werkes geboren.

Die Aufführung fordert eine starke Kunst folgerichtig zielenden und verglegenden festlichen Spiels. Lichos Anjekt berriet wohl das Verstehen der Aufgabe, aber das Ziel wurde nicht erreicht. Zumal der Künstler Maurice blieb unter der notwendigen Höhe: Lichos fehlen die Mittel, die intensive Bewegung einer Künstlerseele auszudrücken, und auch im äußeren Wille blieb er im Wesen einer Durchschnittsnatur hängen. Die verführerische Henriette Ida Brånars, die anfangs hoffen ließ, verlagte in den Steigerungen ihrer Aufgabe. Am besten schloß Karel Kowosny — als Freund Adolphe — seine Rolle zusammen.

Musik.

Meisteraal. Diesen Namen führt ein neuer Saal an der Köthener Straße, der, soweit er nicht für Sonderzwecke seines Eigentümers, des Vereins Berliner Baugeschäfte, mit Beschlag belegt ist, auch zur Veranstaltung von Konzerten und Vorträgen hergegeben werden soll. Der Saal, nicht eben groß, ist sehr hübsch gehalten und macht einen traumhaften Eindruck. Um seine Akustik zu erproben, wurde er mit einem Konzert eröffnet, dessen Programm aus Instrumental- und Vokalstücken sowie aus einigen Melodramatiken und Gedichten bestand. Mehrere „Anonen“ des Berliner Musikwesens hatten sich wie üblich, in den Dienst der Sache gestellt. Die „Berliner Triobereinigung“: Professoren Mayer-Wahr (Klavier), Bernhard Dejjau (Violine), Heinrich Grünfeld (Cello) brachten im meisterlichen Zusammenwirken Kammermusikwerke von Schubert und Beethoven zu Gehör; Frau Pola Mysj-Gmeiner und Leo Gollanin sangen Lieder von Lützow, Brahms, Schubert, Schumann, Wolf, und Mathias von Erdberg befrucht den deklamatorischen Teil des Programms. Stimmungshyrl, die durch flüchtigen Vortrag nur noch verflüchtigt wurde; glücklicherweise aber keine patriotischen

Theater.

Neues Volkstheater (Neue Freie Volksbühne): Kausch, Drama von Strindberg. Eine Künstlerseele verfallt im Kausch

mittel schließlich die Konkurrenzfähigkeit der Industrie stärken. Während unsere Agrarier immer wieder behaupten, der agrarische Zollschutz habe die Kaufkraft der Landwirtschaft und Löhne damit mittelbar auch der Industrie zugute, ist in den Debatten über die amerikanische Zolltarifreform von den Industriellen mit erschütternder Deutlichkeit ausgesprochen worden, daß nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer unter den agrarischen Zöllen leiden; denn Erzeugung der Lebensmittel führt zu Lohnerhöhungen und verteuert dadurch die Produktionskosten der Industrie.

Die jetzige Zolltarifreform steht im Zusammenhang mit der starken Industrialisierung der Vereinigten Staaten. Amerika verbraucht in wachsendem Maße seine Agrarprodukte im eignen Lande und ist zum Teil bereits auf die Zufuhr von Südamerika angewiesen. Infolgedessen sind die Lebensmittelpreise in Nordamerika stark gestiegen, woran die durch den früheren Zolltarif geförderten Zölle für Agrarprodukte einen wesentlichen Anteil hatten. Während die Bedeutung der Landwirtschaft für das nordamerikanische Wirtschaftsleben relativ zurückgeht, wächst die der nordamerikanischen Industrie rapide. Die Zufuhr von Industrieerzeugnissen ist rascher gestiegen als die von Agrarprodukten. Die völlige Beseitigung der Zölle auf Weizen, Vieh und Fleisch und Zucker, die bedeutenden Zollermäßigungen auf Butter, Gemüse, Eier, Käse, Früchte und andere Lebensmittel — wie sie im neuen Tarif vorgezeichnet sind — entsprechen dieser Wandlung im amerikanischen Wirtschaftsleben. Sie sollen die Lage der Arbeiter erleichtern, ihre zunehmende Unzufriedenheit beseitigen und die Produktionskosten der Unternehmer verringern. Daß diese Ermäßigungen ohne erheblichen Widerstand der Produzenten durchgesetzt werden, erklärt sich natürlich zum Teil daraus, daß Nordamerika für diese Güter ein Hauptproduktionsland ist. So betrug im Jahre 1911 bei Weizen die Einfuhr nur 2 Millionen Mark (gegen eine Ausfuhr von 93 Millionen Mark), bei Mais 0,2 Millionen (Ausfuhr 151 Millionen), bei Obst 28 Millionen (Ausfuhr 73 Millionen), bei Mehl 11 Millionen (Ausfuhr 208 Millionen). Trotzdem wäre es falsch, anzunehmen, daß diese Tariffrage allein in den Widerstand gegen die Zollherabsetzungen zum Verstummen gebracht hätte. Denn bei anderen Gütern, die jetzt zollfrei oder mit geringeren Zöllen eingeführt werden können, überwiegt die Einfuhr die Ausfuhr bei weitem. So importiert Nordamerika für 438 Millionen Mark Zucker (bei einer Ausfuhr von nur 18 Millionen). Die gleiche Abicht, wichtige Konsumartikel der breiten Massen zu verbilligen, bestimmt auch die Zollermäßigungen bei Wolstoffen und Baumwollwaren, Feinmwaren, Seide, Glas und Porzellan, Papier und Papierwaren. Rohwolle und Wolle, Abfälle, Flach und Hanf können sogar zollfrei eingeführt werden. Bei Baumwolle ist die nordamerikanische Einfuhr (mit 104 Millionen Mark) nur gering gegenüber der Ausfuhr von 2458 Millionen Mark. Bei Wolle und Seide besteht überhaupt nur eine Einfuhr. (Für 124 beziehungsweise 815 Millionen Mark.) Der billigeren Versorgung der Industrie mit Rohstoffen dient weiter die Zollbeseitigung für Metalle (insbesondere Eisenerze, Kohleisen, Rohstahl) und die Zollbeseitigung auf Metallfabrikate (Halb- und Fertigfabrikate). Da wo die amerikanische Industrie besonders leistungsfähig ist, hat man wiederum überhaupt von jedem Zollschutz abgesehen. So bleibt die Einfuhr von Nähmaschinen, Schuhmaschinen, Segmaschinen, Registrierkassen zollfrei.

In dem Zolltarif drückt sich ein gewisses Vertrauen auf die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Industrie aus, die auf Zollkräften verzichtet will, um sich selbst zu stärken und den Konkurrenzkampf intensiver aufzunehmen. Auch in den Reden des Präsidenten Wilson zur Zolltarifreform klang der Gedanke wiederholt durch, daß er beabsichtige, den wirtschaftlichen Schwächlingen des Schutzes zu berauben und im lebhafteren Wettbewerb um den Weltmarkt die Stärken zu kräftigen. Selbst von den Erwarteten ist der Zolltarif rascher ausgenommen worden, als man erwartet hatte. Der New Yorker Korrespondent der „Frankf. Ptg.“ berichtet z. B.:

Befürchtungen scheinen eigentlich nur diejenigen Kleinfabrikanten zu haben, die sich während ihrer ganzen Existenz darauf auf die Rücken stützen, die ihnen der Tarif darbot, daß sie das Gehen verlernten, und die im Vertrauen auf die Fortdauer ihrer Riesengewinne die Modernisierung ihrer Anlagen oder die Einführung von Betriebsverbesserungen unterließen. Die Großfabrikanten urteilen durchaus optimistisch. So erklärte Präsident Greene von der Baumwollfabrikantenvereinigung, diese Branche scheue die ausländische Konkurrenz durchaus nicht. Auch Präsident Wood

beriefen. Die Kunst des Soales ist ausgeklümpelt zu nennen, so zwar, daß die Anwendung stärkster Augenregister gar zu leicht als „Geräusch empfunden“ wird. Stimmgabeln werden also schließlich weise Mäßigung zu brauchen haben. Zur Veranstaltung von Kammerkonzerten eignet sich der warmtönig deflorierte Raum ausnehmend.

Gumori und Satire.

Die Voltz-Gesellen.

Festzugsgene.

Befreiungsbau, umstößt von Rebel!
Die Väter leiden schlimm Gewalt:
Hoch schwingt man ihre Freiheitsfädel
Und senkt sie tief — vor Lächerbal.

Die Kombattanten.

Und feiert man den großen Kampf
mit Bier und mit Würsten,
so dürfen dabei fehlen nicht
die Enkel deutscher Fürsten.

Sie feiern alle feste mit,
sie dürfen froh sich preisen:
„Und wir, wir waren auch dabei
und können es beweisen.“

Ja, unfre Väter waren da,
als alles Volk erwachte:
teils hinten hintern hintern Heer
und teils bei Bonaparte.“

Notizen.

— **Neue Denkmäler für Berlin.** Vor dem Aula-gebäude der Berliner Universität, der alten Kgl. Bibliothek, sollen die Standbilder von Fichte und Savigny ihren Platz erhalten. Hugo Lederer hat den Auftrag bekommen, die Denkmäler zu schaffen, und hofft, die Modelle in diesem Winter fertigstellen zu können.

— **Ein Literaturwissenschaftliches Seminar** wird an der Universität in Kiel als staatliche Einrichtung mit Beginn des Wintersemesters eröffnet werden. Mit seiner Direktion ist Prof. Eugen Wolff betraut worden. Damit ist an einer preußischen Universität zum ersten Male der Literaturgeschichte ein selbständiges Institut eingeräumt und zugleich zum ersten Male auch die Theaterwissenschaft in den amtlichen Lehrbetrieb aufgenommen. An der totalen Unfruchtbarkeit unserer offiziellen Literaturwissenschaft wird freilich das neue Institut nichts ändern.

— **Bühner in Paris.** „Dantons Tod“ wurde auf dem Züricher Stadttheater podend und mit entschiedenem Erfolge aufgeführt. Es geht also!

— **Zwei Milliarden für Klame.** In einem Vortrage, den der Präsident der Britischer Gesellschaft für Klame in Birmingham hielt, stellte er fest, daß jährlich zwei Milliarden Mark in England für Klame ausgegeben werden und daß mehr als 100 000 Personen durch die Klame unmittelbar ihr Brot verdienen. Und doch sei die ganze Kunst der Klame noch in den Kinderschuhen. (Das kann demnach noch läßt werden.)

vom Zolltarif meinte, die amerikanische Tarifkraft sei begierig, sich mit dem Ausland zu messen. Diese Zueversicht schimmert auch in den Kommentaren der Hauptorgane der Textilbranche durch, deren Vertreter bekanntlich, solange noch Aussicht war, den Kongreß umzustimmen, ihren Ruin prophezeiten. Auch die Schwerindustrie scheint sich nicht bedroht zu fühlen. Nur an der atlantischen Küste dürfte Europa einige Konkurrenz in Stahlwaren und anderen Produkten machen, aber auch nur in engen Preisgrenzen. Iron Age erklärt, die amerikanischen Werke würden schließlich viel zu leiden haben. Reines Erachtens könnten auch hier nur die kleinen Werke in Mitleidenschaft gezogen werden, die nicht die Betriebseinrichtungen haben, wie sie dem Stahlstahl zur Verfügung stehen. Der Chef des Stahltrustes, Herr Gary, wollte mir gegenüber noch nicht über die voraussichtlichen Wirkungen sprechen. . . . Jedenfalls hat der Stahltrust keine Furcht, da er immerfort neue Werke plant.“

Sucht man den weiteren Motiven für die Annahme des Zolltarifgesetzes nachzugehen, so läßt sich die Bedeutung der Eröffnung des Panamakanals nicht übersehen. Der Panamakanal verkürzt für Nordamerika den Weg nach Südamerika und Ostasien — den Hauptexportgebieten der Union — um ein so großes Stück, daß die Vereinigten Staaten daraus eine besondere Steigerung ihres Absatzes erwarten. Um diesen Ansprüchen gewachsen zu sein und die Produktion besonders anzuregen, erleichtert Nordamerika den Bezug von Rohstoffen. Durch den kürzeren Frachtweg und billigere Produktionskosten hofft Nordamerika seinen Konkurrenten in Südamerika und Ostasien wirksam entgegenzutreten zu können.

Es beruht in diesem Zusammenhang hervorgehoben zu werden, daß die Vereinigten Staaten zurzeit noch nicht die Hauptlieferanten Südamerikas sind. Von dem Gesamtexport nach Südamerika in Höhe von 893 Millionen Dollar lieferte England 29,3 Proz., Deutschland 18,5 Proz., Nordamerika 14,5 Proz., Frankreich 8,9 Proz. Die Vereinigten Staaten stehen demnach als Lieferanten Südamerikas erst an dritter Stelle. Die wirtschaftliche Bindung Südamerikas an die Vereinigten Staaten ist also noch ein Ziel, zu dessen Verwirklichung es großer Anstrengungen der amerikanischen Industrie bedarf.

Auch bei der Einfuhr Südamerikas nach anderen Staaten stehen die Vereinigten Staaten noch nicht an erster Stelle. Der Anteil Englands mit 25 Proz. ist höher als der Nordamerikas mit 20,5 Proz. Allerdings folgt hier Deutschland erst an dritter Stelle mit 15 Proz. und dann wiederum Frankreich mit 10,4 Proz. Der neue Zolltarif mit seinen niedrigeren Sätzen wird gewiß den Anteil der Vereinigten Staaten zu Ungunsten der übrigen Länder beeinflussen. Bei dem wachsenden Bedarf Nordamerikas z. B. an Vieh und Fleisch wird Amerika die englische Einfuhr reduzieren können.

Neben Südamerika wird auch Kanada durch den neuen Zolltarif in engere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten treten. Noch vor einem Jahre lehnte Kanada den Abschluß eines Handelsvertrages mit den Vereinigten Staaten ab, weil die Union durch ihre Getreidezölle die Einfuhr kanadischer Agrarprodukte nach der Union hinderte. Jetzt ist einem solchen Vertrage der Weg geebnet.

Welche Rückwirkung die Zolltarifreform auf die europäischen Staaten haben wird, läßt sich zur Zeit schwer absehen. Gewiß wird eine Belebung des Exports nach Nordamerika eintreten. Deutschland führte im Jahre 1912 für rund 700 Millionen Mark Waren in die Union ein. Veteiligt sind daran hauptsächlich chemische Produkte, Textilwaren, Spielzeug, Hüte, Felle und Lederwaren, Porzellan, Maschinenteile. Da alle diese Warengruppen an den Zollermäßigungen beteiligt sind, ist eine Steigerung der Einfuhr zu erwarten. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß die Union durch die Zolltarifreform und den Panamakanal ein gefährlicherer Konkurrent Deutschlands auf dem Weltmarkt werden wird. Natürlich ist eine absolute Verdrängung nicht zu erwarten. Aber vielleicht wird der Anteil Deutschlands an der Steigerung des Welthandels durch die nordamerikanische Konkurrenz zurückgedrängt werden. Um so notwendiger wäre es, daß Deutschland bei der bevorstehenden Erneuerung der Zolltarife seinerseits sich zu Zollermäßigungen entschliesse, um so den „Schlag“ durch eine Verbilligung der Produktionskosten der heimischen Industrien zu parieren. Dann würde die amerikanische Reform, deren prinzipielle Bedeutung in unserer Zeit des Hochschutzes auf der ganzen Welt nicht unterschätzt werden darf, auch von praktischen Werte für Deutschland werden. Das übersehen schließlich auch unsere Großindustriellen nicht — wie mehrere Äußerungen beweisen —, daß die amerikanische Reform ein Konkurrenzmandat ist, das sich vornehmlich gegen England und Deutschland richtet; gegen England, das seit langem keine Zölle auf Lebensmittel und Rohstoffe lennt, und gegen Deutschland, dessen Konkurrenz in Ostasien und Südamerika es durch die Waffe der billigeren Preise zurückdrängen will.

Aus Industrie und Handel.

Jahresabschluss der A. G. O.

Nach einem vorläufigen Bericht erzielte die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft im Geschäftsjahre vom 1. Juli 1912 bis 30. Juni 1913 einen Gewinn von 28 904 483 M. (gegen 24 887 Millionen Mark im Vorjahre). Die Gewinnsteigerung betrug also 4 1/2 Millionen Mark. Auf das Aktienkapital von 155 Millionen Mark (im Vorjahre betrug es 130 Millionen Mark) sollen wie im Vorjahre 14 Prozent Dividende gezahlt werden. Außer den nach den bisherigen Gesellschaftern bemessenen Abschreibungen sollen 1 Million Mark dem Rückstellungsfonds zugeführt, 1 500 000 Mark für die Wehrsteuer reserviert, 1 Million Mark im Hinblick auf Neubauten als Sonderabschreibung für Gebäude verwendet werden. Das Bankguthaben beträgt rund 77 Millionen Mark. Sowohl die Umsätze als auch besonders die vorliegenden Aufträge weisen nach Angabe der Verwaltung im neuen Geschäftsjahre eine Steigerung auf.

Die Hapag in Stettin.

Die Hamburg-Amerika-Linie erweitert seit einiger Zeit in rascher Folge den Umfang ihrer Tätigkeit. Seitdem sie in Konflikt mit dem Norddeutschen Lloyd steht, drängt sie sich auch in die Routen, die bisher dem Lloyd und dessen befreundeten Linien vorbehalten waren. Jetzt kommt die Meldung von einer neuen Erweiterung, die für Berlin besondere Bedeutung hat: Zu Beginn des nächsten Jahres wird unter Mitwirkung der Hamburg-Amerika-Linie nach dem Ruf der Embener Verkehrs-Gesellschaft eine solche für den Hafen von Stettin gegründet. Diese Gründung steht in Verbindung mit der Entwicklung, welche Stettin nach der im nächsten Jahre bevorstehenden Eröffnung des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin nehmen wird. Die neue Stettiner Verkehrs-Gesellschaft wird als erste Aufgabe die von der Hamburg-Amerika-Linie eingerichtete neue Linie nach Australien zu leiten haben. Um der befreundeten Deutsch-Australischen-Linie in Hamburg möglichst geringen Abbruch zu tun, hat die Hamburg-Amerika-Linie diese Erweiterung ihres Verkehrs nicht von Hamburg ihren Ausgang nehmen lassen. Die Schiffe werden von Stettin über Embden nach Antwerpen geleitet. Mit der Deutsch-Australischen Linie ist außerdem vereinbart, daß diese Gesellschaft für die ihr durch die neue Unternehmung der Hamburg-Amerika-Linie etwa entgehenden Nachteile angemessene Kompensationen in einer Teil-

nahme am Verkehr nach Ostasien erhalten soll. — Die Hapag versichert schließlich ironisch, daß es sich bei Errichtung dieser neuen Verbindung nicht um eine Kampfmaßnahme gegen den Bremer Lloyd handle. Vielmehr werde nur eine lange vorbereitete Geschäftsverbindung in die Wege geleitet, wie ja auch der Lloyd bei dem vor einigen Monaten erfolgten Einbringen in die New Yorker Routen nur von einer lange vorbereiteten Geschäftsverbindung gesprochen habe.

Rückgang der Kohlenförderung.

Im Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat sind Produktion und Absatz im September d. J. weiter zurückgegangen. Die Gesamtförderung sank gegen den August von 8,67 auf 8,56 Millionen Tonnen. Die Produktion pro Arbeitstag fiel von 333 500 auf 229 300 Tonnen. Ebenso zeigte der Versand von Kohlen, Stohs und Bricketts eine Abnahme gegen den August. Bei Kohls ist der arbeitstägliche Versand sogar geringer als im September 1912, während die Ziffern für Stohs und Bricketts eine geringe Steigerung gegen den Vorjahresmonat zeigen.

Das Kohlen-Syndikat bemerkt selbst zu diesen Zahlen: Die Beinträchtigung des Absatzes durch die rückläufige Bewegung in der gewerkschaftlichen Beschäftigung hat sich im Berichtsmontat weiterhin verschärft. Der Syndikatsabsatz in Kohlen hat arbeitstäglich gegen den Vormonat um 1,99 Proz. abgenommen, das Ergebnis im September 1912 aber noch um 5,84 Proz. überschritten, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß der Absatz im Vergleichsmonat des Vorjahres durch Wagenmangel erhebliche Ausfälle erlitten hatte, während im Berichtsmontat der Wagenbedarf in vollem Umfang befriedigt worden ist. Der Kohlsabsatz hielt sich auf der vormonatigen Höhe, da die Ausfälle, welche der Absatz in Hochofen-Isoln infolge des fortgesetzten schwächeren Abzuges der Hochofenwerke erlitten hat, durch Zunahme des Absatzes in den separierten Sorten ausgeglichen wurden. Der Brickettsabsatz bewegte sich gleichfalls im Rahmen des Vormonats, gegen den sich ein Minderabsatz von nur 1,47 Proz. ergibt.

Mit Rücksicht auf die Konjunkturabschwächung wurde die Einschränkung der Produktion für Kohlen von 5 auf 12 1/2 Proz. der Beteiligungsziffer erhöht. Die Werke dürfen im November statt 95 nur 87 1/2 Proz. ihrer Beteiligung fördern.

Verlängerung des Siegerländer Eisensteinverkaufvereins. Auf der Versammlung des Siegerländer Eisensteinverkaufvereins wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, den Bestand des Vereins auf weitere fünf Jahre bis zum 1. Juli 1919 zu verlängern. — Ueber die Tariffrage wurde mitgeteilt: Auf dem Eisenmarkt ist eine weitere Abwärtswegung zu verzeichnen, so daß auch der Kohlenpreis um 3 Mark ermäßigt werden mußte. Die Förderung stieg vom August zum September von 200 800 auf 202 250 Tonnen, der Versand fiel dagegen von 200 100 auf 198 700 Tonnen.

Soziales.

Kerzte und Krankenkassen.

Die Orts-, Betriebs- und Innungsstellen im Stadt- und Land-Kreis Düsseldorf eruchten gemeinsam im Frühjahr d. J. die Düsseldorf-Kerzteorganisation um Mitteilung ihrer in Aussicht gestellten Forderungen. Die Kerzte lehnten das ab, da nach der bekannten Leipziger Parole die Ende d. J. ablaufenden Verträge erst kurz vor Jahresabschluss gekündigt werden sollten. Weiter wurde den Kassen bekannt, daß die Düsseldorf-Kerzte bei der Vertragskündigung dann die bekannten unerfüllbaren Forderungen des Leipziger Verbandes stellen würden, die den Ruin der Kassen bedeuten. Die Kassen hatten keine Lust, sich kurz vor Vertragsabschluss überumpeln zu lassen und beschloßen die Anstellung beamteter Kerzte bei 8000 M. garantiertem Jahreseinkommen. Die Bewerbungen gingen so zahlreich ein, daß die Kassen ihren Bedarf reichlich decken und auch noch eine Anzahl hätten vornehmen können. Da zeigte sich plötzlich die Düsseldorf-Kerzteorganisation zum Verhandeln bereit. Die vereinigten Kassen beschloßen mit Stimmenmehrheit, erst dann zur Anstellung beamteter Kerzte überzugehen, wenn das Verhandlungsangebot der Kerzte zu keiner Einigung führen sollte.

Es fanden nun in der Düsseldorf-Kerzteorganisation unter Vorsitz ihres Sekretärs langwierige Verhandlungen zwischen den Kassen und den Kerzten statt. Die Kassen lehnten die Leipziger Kerzteverbandsforderungen entschieden ab, so daß die Kerzte diese schließlich fallen lassen mußten und nunmehr eine Erhöhung der Pauschale um 36 Proz. bei den Ortsklassen und um 40 Proz. bei den Betriebsklassen forderten. Das mußten die Kassen bei den für Düsseldorf ohnehin hohen Pauschalen — gegenwärtig betragen sie bei den Ortsklassen 5,16 M., bei den Betriebsklassen bis zu 7,50 Mark — ebenfalls absehen. Es wurde dann geeinigt bis herab auf 20 Proz. und 15 Proz. Erhöhung der Pauschale. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Der Handelskammersekretär machte neue Einigungsversuche, und endlich einigten sich Kassen und Kerzte auf einen fünfjährigen Vertrag, der für die ersten drei Jahre eine Erhöhung der jeweiligen Pauschale um 15 Proz. und für die letzten beiden Vertragsjahre eine Erhöhung um weitere 5 Proz. vorsieht.

Soweit die Ortsklasse, die etwa 45 000 Mitglieder zählt, in Frage kommt, erhöht sich die Pauschale ab 1. Januar 1914 auf 6,28 Mark und ab 1. Januar 1917 auf 6,55 M. Die Klasse erfährt dadurch eine Mehrbelastung von sofort 35 000 M. Soweit einzelne Kassen Familienversicherung haben, zahlen die Kassen den Kerzten eine Erhöhung der Pauschale um 10 Proz.

Insgesamt wird die Belastung der Düsseldorf-Kerzten durch den neuen Kerztevertrag etwa 100 000 M. betragen.

Aus dem Gewerbegericht.

Kammer 8. Vorsitzender: Dr. Löwenstein.

1. Bedingung nach Vertragsluß.

Eine Wirtschaftlerin klagte gegen den Kaufmann Beschlän auf Zahlung von 334 M.

Mit der Klägerin war ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach sie vom 1. September ab in dem neu eröffneten Restaurant des Beklagten bei freier Kost, freier Wohnung und 35 M. Monatslohn als Wirtschaftlerin tätig sein sollte. Kündigung sollte sechs wöchentlich sein und am Quartalsersien erfolgen. Klägerin hat auch die zur Verfügung gestellte Wohnung bezogen. Erst dann ließ sie der Beklagten sagen: der Vertrag soll erst in Kraft treten, wenn die Konzeption erteilt sei. Darauf ging jedoch die Klägerin auf ein, sondern klagte ihre Forderung bis Ende Dezember ein.

Das Gericht vertrat mit Recht den Standpunkt, daß sich die Klägerin nicht auf die nachträgliche Vertragsänderung einzulassen brauchte. Der volle Klageanspruch könne ihr jedoch nicht zugesprochen werden, da es ihr wohl möglich sein werde, eine andere Stellung zu finden, und schlug einen Vergleich in Höhe von 175 M. vor, der vom Beklagten unter Vorbehalt des Widerrufs eingegangen wurde.

2. Reifgeld.

Eine Tänzerin klagte gegen den Zirkus Schumann auf Zahlung von 25 M. Reifgeld und 3,50 M. Kursdifferenz.

Die Klägerin hatte sich vertraglich verpflichtet, auch im Auslande tätig zu sein, wenn der Zirkus dort gastierte, möhingen letzterer für freie Rückbeförderung des Personals sowohl als auch des Gepäcks Sorge zu tragen hatte. Während eines Gastspiels in Siedingen war der Klägerin zum 16. September gekündigt und ihr gesagt worden, daß sie den Extrazug des Unternehmers zur Rückreise nicht benutzen dürfe. Dieser Extrazug fuhr am 14. September, also noch während der Vertragsdauer, zurück. Die Klägerin forderte bedwegen bei ihrer Entlohnung am 14. September das

Reisegeleit nach Berlin und flieg, weil es ihr verweigert wurde. Außerdem verlangte sie eine Kurdifferenz, weil ihr das Gehalt in holländischer Währung gezahlt und dabei der Nominalwert zugrunde gelegt wurde, wodurch ihr ein Verlust von 3,80 M. entstand.

Das Gericht war einmütig der Ansicht, daß das Reisegeleit gezahlt werden müsse, da der Vertrag noch nicht abgelaufen gewesen sei. Es kam zu einem Vergleich in Höhe von 27 M.

3. Einseitige Vertragsaufhebung.

Ein Küchenchef klagte gegen den Restaurateur Markthofer wegen ungerechtfertigter Entlassung auf 110 M. Lohn und Kostenschuldigung.

Der Frau des Beklagten waren einige kostbare Ringe abhanden gekommen. Da nach Ansicht des Beklagten nur das Küchenpersonal Zutritt zu den Räumen hatte, sei ein Verdacht auf dieses gefallen, und er habe dementsprechend die Kriminalpolizei informiert. Darauf wurde der Kläger einer Untersuchung unterzogen. Er kam bezweifelndweise erregt nach dem Geschäft. Als ihm dann noch aufgetragen wurde, von ausgelochtem Fleisch Beefsteak für die Angestellten zuzubereiten, weigerte er sich, dies zu tun. Die Frau des Beklagten soll ihn dann, während sie das Essen für das Personal bereitete, schlicht behandelt haben. Er verließ deshalb die Arbeitsstelle. Am andern Morgen wurde er nicht mehr zur Arbeit zugelassen.

Das Gericht war der Ansicht, daß die Vorkommnisse dem Kläger kein Recht gaben, die Arbeit sofort zu verlassen. Darauf wurde die Klage zurückgewiesen.

Die Ansicht des Gerichts mag zutreffen. Aber das unberechtigte Verlassen der Arbeit beruht nicht auf Entlassung. Eine solche darf nach § 123 Biffer 3 Gehilfen gegenüber erst dann — das folgt aus der Fassung „unbefugt verlassen oder sonst . . . beharrlich verweigern“ — erfolgen, wenn sie beharrlich ablehnen, ihre Pflicht zu tun. Diese Vorschrift findet nach § 133 Biffer 3 sinngemäß auch auf den Küchenchef Anwendung, allerdings fehlt im § 133 das Wortchen „sonst“. Unter den obwaltenden Umständen war aber in dem Verlassen des Dienstes kein „unbefugtes“ im Sinne dieser Vorschriften zu erblicken.

Vom Unfallschutz in der Textilindustrie.

Der Bericht der Rhein-Westf. Textilberufsgenossenschaft beschäftigt sich in längeren Ausführungen mit dem Unfallschutz und dem Verhalten der weiblichen Arbeitskräfte. Es heißt dort:

„Die Beschäftigung weiblicher Arbeiter an gefährlichen Maschinen ist in der Textilindustrie kaum zu verhindern.“ Die frommen Unternehmer des Rheinlandes und Westfalens werden diesen Passus im Bericht mit Behagen gelesen haben. Der Bericht fährt dann fort: „Die in technischer Beziehung noch so vollkommen unzufälligen Maschinen, Spinnmaschinen aller Art, Scher- und Webmaschinen, Zentrigen u. dgl. sind gefährliche Maschinen, sobald an ihnen verbotswidrig hantiert wird, insbesondere für weibliche Arbeiter, die beim Putzen in bewegte Maschinenteile mit den Kleidern, Fingern oder Haaren geraten. Das Verhalten der Versicherten gegen die Schutzmaßnahmen läßt sehr zu wünschen übrig. Es sei besonders erwähnt eigenmächtiges Vorseitigen oder Umbrauchbarmachen von Schutzeinrichtungen, verbotswidriges Putzen an laufenden Maschinen, unter Zuhilfenahme von Putzwolle oder Putzluchern.“ . . . Sogar in Rusterbetrieben wurden Weber angetroffen, die die Schützenfänger an den Weben ihrer Webstühle festgebunden oder festgeklemmt hatten, bezahlte, daß Nachbarweber, die ihre Schützenfänger ordnungsmäßig benutzten, gefährdet waren. Das Verantwortlichkeitsgefühl solcher Weber gegen ihre Mitarbeiter müsse gestärkt werden. Es sind nicht immer junge Arbeiter, oft die Ältesten im Betriebe, welche derart ein schlechtes Beispiel geben.“

Ein verbotswidriger Verstoß von Arbeitern gegen Schutzvorschriften ist selbstverständlich nicht zu billigen. Aber es ist durchaus falsch und pharisaisch, den Arbeitern allein die Schuld an den vorgekommenen Unglücksfällen beizumessen. Die Hauptschuld trifft in mindestens der meisten auf solcher Fälle den Unternehmer. Seine Berufspflicht ist es, den Betrieb und insbesondere die Benutzung der Schutzeinrichtungen zu überwachen. Häufig ist das Affordlöshyphen und das Verlangen in der Textilindustrie, daß das Putzen der Maschinen unentgeltlich geschehe, schuld an einer durch die Arbeitslast hervorgerufenen bedauerlichen Unachtsamkeit der Arbeiter. Noch viel häufiger ist eine Bewußtlosigkeit an die Gefahr und der Mangel an Schulung über das Inneingreifen der Maschinenteile schuld an Unglücksfällen. Eine große Reihe von Fällen sind, wie der Bericht zutreffend hervorhebt, dadurch statt, daß die Röde oder Haare der Arbeiterinnen von den Maschinen erfasst werden. Hiergegen ist ganz besondere Aufsicht des Inhabers der Fabrik und seiner Meister dringend erforderlich. Mit Recht hat der Deutsche Kaiser in einer Rede, die er am 11. November 1890 im Preussischen Landesökonomikollegium hielt, darauf hingewiesen, daß insbesondere bei Göpelmäschinen ähnliche Unglücksfälle wie die im Bericht der Textilberufsgenossenschaft geschilderten häufig vorkommen. Schuld sei eine gewisse Gleichgültigkeit des Besitzers oder Betriebsleiters gegen das Leben der von ihnen beschäftigten Arbeiterinnen und auch eine Gleichgültigkeit der Arbeiterinnen selbst. Diese letzte sei erklärlich, unvermeidlich aber die der Besitzer oder ihrer Leiter. Er werde deshalb nicht mehr so leicht wie früher Vergewaltigungen der Besitzer eintreten lassen, die wegen fahrlässiger Körperverletzung oder Tötung bestraft sind. „Die Hauptsache ist, beim landwirtschaftlichen Maschinenbetrieb auf eine gehörige Beaufsichtigung der Arbeiter durch die Arbeitgeber hinzuwirken.“ Diese Ansicht des Deutschen Kaisers entspricht durchaus unserer Auffassung. Gewiß sollen auch die Arbeiterinnen auf Innehaltung der Schutzvorschriften in ihrem und ihrer Mitarbeiter Interesse achten. Aber die Gefahr, die Affordlöshung, die Niedrigkeit der Löhne, teilweise Mangel an Kenntnis der Maschinenteknik, nicht zuletzt die ständige Bewußtlosigkeit an die Gefahr machen ein Außerachtlassen von Schutzvorschriften begreiflich. Um so notwendiger ist eine Aufsicht. Hierauf legt der Bericht der Berufsgenossenschaft viel zu wenig Gewicht. Rühmend wird mit Recht hervorgehoben, daß ein Großfabrikant seine Meister ins Privatkontor rufen ließ und sie „verantwortlich für etwaige Folgen eines Unfalls gemacht habe“. Das befreit natürlich die eigene Verantwortlichkeit des Großkaufmanns nicht. Würde in halbwegs so schroffer Weise wie gegen Chauffeure wegen jedes Unglücksfalles in einer Textilfabrik strafrechtlich gegen Inhaber und Meister vorgegangen werden, weil Lohnarzt oder Lohnariste oder Mangel an Aufsicht oder an Vorschriften gegen fliegende Kleider und Haare den Unfall mitverschuldet haben, so würde bald eine Senkung der ungeheuer großen Zahl von Unfällen herbeigeführt werden.

Hausagrarieranmaßung.

Gelegentlich der Tagung eines Verbandes von Bauerngenossenschaften in Dortmund bemerkte der Bürgermeister Dr. Köhler u. a. die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse sei ein wichtiges Verbrechen der städtischen Verwaltung. Er wandte sich dabei aber gegen die hervorgerufene Ansicht — im preussischen Wohnungsgesetzentwurf — die Selbstverwaltung der Städte noch weiter zu schmalern. Darob ist das Organ des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Haus- und Grundbesitzervereine, die sogenannte Rheinisch-Westfälische Bürgerzeitung, sehr zu erböt. Nach der Auffassung des Blattes gibt es für den Staat nur eine wichtige Aufgabe, nämlich die, den Hausagrarier recht fetze und gesicherte Pfanden zu verschaffen. Im die Wohnungsverhältnisse hat sich die Stadterver-

haben mit der Wohnung nichts zu tun, und wichtiger als das Selbstverwaltungsrecht ist das Wohlergehen der Hausbesitzer und Grundstücksbesitzer. In dem Dokument hausagrarischer Unverschämtheit heißt es:

„Verantwortlich für die städtische Verwaltung soll nicht so wichtig wie die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse sein. Die Wohnungsverhältnisse geben die städtische Verwaltung gar nichts an; denn nie und nimmer hat sie die Verpflichtung, für gute Wohnungsverhältnisse zu sorgen, weil jeder das Recht hat, sich eine Wohnung zu suchen, wie sie ihm passend erscheint. . . . Damit entfällt für die städtische Verwaltung die Pflicht, sich um die Wohnungsverhältnisse zu kümmern. Das ist, soweit es nach außen bemerkbare Einflüsse betrifft, lediglich Sache der Polizei, die aber ihrerseits wieder nichts in den Wohnungen zu suchen hat, wenn sie nicht ausdrücklich vom Richter dazu beauftragt ist. Es ist bedauerlich, daß man das dem Chef einer städtischen Verwaltung erst klarmachen muß.“

Säuglings- und Jugendpflege haben mit der Wohnung gar nichts zu tun; denn letztere kann tadelloso sein, während die Säuglinge und die Jugend die größte Not leiden, und umgekehrt. Es wäre geradezu traurig, wenn die Zukunft unseres Landes und Volkes von dem Zustande der Wohnungen abhinge, in denen die große Masse der Bevölkerung täglich nur wenige Stunden, selten mehr als sechs bis sieben, sich aufhält. Ein körperlich und geistig gesundes Geschlecht wird durch Erziehung geschaffen, nicht durch die vier Wände der Wohnung.

Das Bedauerliche aber ist, daß ein Gemeindevorstand den preussischen Wohnungsgesetzentwurf nur deshalb nicht gutheißt, weil dieser die städtische „Selbstverwaltung“ durch „staatliche Polizeiaufsicht“ ersetzen und lähmen will. Also lediglich dieses äußeren Grundes halber, lediglich wegen der Aufrechterhaltung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts sollen die Gemeinden den Wohnungsgesetzentwurf bekämpfen; seine innere Beschaffenheit, die großen Schädigungen der Bevölkerung, insbesondere des Haus- und Grundbesitzes, der hoch Hauptverursacher der Städte ist, sind dem Herrn Bürgermeister gleichgültig. Und das nennt man dann einen „gerechten Ausgleich der Interessen“? Wahrlich, wir haben es weit gebracht in der Verdrückung des öffentlichen Rechtes!

Die Auslassung ist typisch für die Auffassung und Anmaßung der Hausagrarier und Grundstücksbesitzer. Diese aber haben in den Gemeinden, dank des Hausbesitzerprivilegs, fast überall die Herrschaft. Ohne Sozialdemokratie ist daher jede Reform ausgeschlossen.

Gerichts-Zeitung.

Die Breslauer Sittlichkeitsaffäre vor Gericht.

Breslau, 20. Oktober. (Telegraphischer Bericht.) Unter ungewöhnlich starkem Andrang des Publikums begann heute morgen vor dem Landgericht der Stadt der Jahreshunderfeier die Verhandlung gegen einen Teil der 36 in der Breslauer Sittlichkeitsaffäre Angeklagten. Es sind 10 Personen aus den verschiedensten Berufsständen angeklagt, darunter der Geschäftsführer eines Breslauer Varietés, ein Kürschnerfabrikant, ein Schlosser, ein Schneider, ein Versicherungsbeamter, zwei Kaufleute und auch der Direktor einer Berliner Handelsgesellschaft für Bauartikel ist unter den Angeklagten. Einige der Angeklagten sind bereits wegen Sittlichkeitsvergehen mit Gefängnis bestraft. Die Verhandlung leitet Landgerichtsdirektor Mundru, die Anklage vertritt Staatsanwalt Schmisch, unter den Verteidigern sind auch die Rechtsanwälte Justizrat Dr. Ramroth und Rabinowitsch. Der Verhandlung wohnen der Landgerichtspräsident und der Erste Staatsanwalt bei. Der Eröffnungsbeschluss legt den Angeklagten Verbrechen aus § 176,3 (Geschlechtsverkehr mit weiblichen Personen unter 14 Jahren) zur Last.

Das Hauptinteresse der Anwesenden richtet sich bei dem Zeugenaufruf auf die beiden in Frage kommenden Mädchen, die von einer Fürsorgeanstalt vorgeführt und begleitet werden. Die eine, Emma Eibel, ist ein kleines, aber für ihr Alter gut entwickeltes Mädchen von beschränktem Aussehen, mit rundem, aufgedunsenem Gesicht. Das andere der beiden in die Anklage verwickelten Mädchen, die 15jährige Klara Fröhslich, hat im Gegenatz zu ihrer jüngeren Freundin ein nicht unschönes Gesicht, dem man nicht anmerkt, daß dieses kaum der Schule entwachsene Mädchen sich bereits seit drei Jahren der Prostitution ergeben hat; sie ist körperlich sehr entwickelt und sieht viel älter aus als sie ist.

Sofort nach der Verlesung des Eröffnungsbeschlusses wurde die Deffentlichkeit und damit auch die Presse für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Der Vorsitzende erklärte jedoch, bei der Urteilsbegründung, die in öffentlicher Sitzung gegeben werden soll, den Sachverhalt ausführlich klarlegen zu wollen.

Das Urteil lautete gegen den Varietéschäftsführer Goldschmidt auf drei Jahre Gefängnis, Schlosser Renzel 1 Jahr Gefängnis, Schneider Kunz 3 Monate Gefängnis, Kürschnerfabrikant Bierkehl 6 Monate Gefängnis, Inhaber eines Berliner Bauartikelfachgeschäfts Binder 7 Monate Gefängnis, Versicherungsbeamter Grolmus 6 Monate Gefängnis, Kaufmann Koslowski 6 Monate Gefängnis, der Zahnarzt Schindler sowie der Schriftsteller Wiedemann wurden freigesprochen.

Die Begründung des Urteils, die ja nach den Versprechungen des Vorsitzenden auf die einzelnen Straftaten eingehen sollte, ging uns noch nicht zu. Wir werden in unserer nächsten Nummer darauf zurückkommen.

Nordverstoß gegen die Ehefrau.

Wegen eines Nordverstoßes gegen seine Ehefrau hatte sich der 28jährige Sattler Robert Birch vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zu verantworten. — Der Angeklagte hatte schon vor Eingehung der Ehe mit seiner Frau in Beziehungen gestanden, denen ein Kind entsprungen war. Wie er zu mehreren Personen geübert hatte, versuchte er auf alle mögliche Weise, nach kaum halbjähriger Ehe, seine Frau zu veranlassen, die Scheidungsklage gegen ihn einzuleiten. Die bedauernswerte Frau mußte ein wahres Martyrium durchmachen, da sie fast täglich von dem Angeklagten in der rohesten Weise mißhandelt wurde. Schließlich faßte er den Plan, seine Frau zu ermorden, nachdem schon einmal ein Versuch, sie durch heimliches Öffnen der Waschküche zu töten, durch die Aufmerksamkeit der Frau gescheitert war. In der Nacht zum 23. Juni dieses Jahres wurde Frau B. durch einen furchtbaren Schmerz in der Halsgegend wach. Sie erkannte sofort die Situation und schrie laut um Hilfe, da sie sah, daß ihr Mann den Versuch gemacht hatte, sie im Schlaf mittels einer Zunderschnur zu erdrosseln. Nur dem Umstande, daß die Schlinge an dem Kinn hängen geblieben war, verdankte sie ihr Leben, und daß der Angeklagte auf ihre gellenden Hilferufe von ihr abließ und die Nacht ergriff. — Die von Medizinalrat Dr. Hoffmann vorgenommene Untersuchung des B. auf seinen Geisteszustand ergab, daß bei ihm infolge erblicher Belastung eine gewisse geistige Minderwertigkeit vorhanden war. — Dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß erkannte das Gericht wegen versuchten Mordes auf 7 Jahre Zuchthaus.

Verletzung beim Regeln.

Haftet der Wirt für Schäden, die aus mangelhafter Beschaffenheit der Regelfahnen entstehen? Das Reichsgericht hat diese Frage am Freitag bejaht.

Der Kaufmann Z. in Weiskopf ist Mitglied eines Regelfahnen, der für Freitagabend die Regelfahnen in der W.schen Gastwirtschaft gemietet hat. Am 26. August 1910 hat Z. auf der Regelfahnen durch einen Unfall erlitten, daß er beim Aufsteigen der Regelfahnen auf das Auflegebrett sich einen starken Splitter in den Mittelfinger der rechten Hand gestochen hat. Er klagt gegen die Gastwirtin W., die Inhaberin der Wirtschaft, und gegen deren Ehemann auf Schadenersatz und verlangt eine jährliche Rente von 1200 M. und die Feststellung, daß die Beklagten ihm allen weiteren aus dem Unfall entstehenden Schäden zu ersetzen haben. Zur Begründung macht er geltend, daß das Auflegebrett schon seit längerer Zeit in schlechtem Zustande gewesen sei, daß einige Wochen vor dem Unfall (im Juli 1910) sich ein anderer Regler beim Betreten des Brettes einen starken Spahn zwischen Zehle und Brandsohle seines Stiefels gestrichen habe und daß die Beklagten trotz Kenntnis dieses Umstandes das Brett nicht erneuert haben.

Das Landgericht und das Oberlandesgericht wiesen zunächst den Kläger ab, weil derselbe selbst an dem Schaden schuld ist, da er die schlechte Beschaffenheit der Bahn kannte und trotzdem dort spielte und zu tief aufsteigte. Das Reichsgericht hatte diese Abweisung aufgehoben, weil die Verpflichtung des Gastwirts, für Instandhaltung der Bahn zu sorgen, nicht genügend gewürdigt sei. Nunmehr verurteilte das Oberlandesgericht Raumburg die Beklagten zur Zahlung von drei Fünftel des Schadens, in Höhe von zwei Fünftel wurde Kläger abgewiesen. Das Urteil ist jetzt vom Reichsgericht bestätigt.

Schutz gegen Schulkleider!

Der Maurer Rohr besand sich an einem Abend im Januar d. J. in einer Wirtschaft in Dortmund. Als ihm mitgeteilt wird, daß sein Bruder auf der Straße in eine Schlägerei verwickelt ist, eilt er hinaus. Im Begriff, den Bruder aus dem Handgemenge herauszureißen, sieht er einen Schuhmann kommen. Er überläßt darauf die Streitenden ihrem Schicksal und will rasch um die nächste Ecke verschwinden. Er hatte aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Dieser stellte den Rohr an der Ecke und hielt ihn in Arme und Beine. Dann kam M.s Bruder hinzu und hinter ihm der Schuhmann, der sofort seine Klempe zog und mit der scharfen Klinge auf die beiden einhieb. Rohr, ein schwächlicher Mann, wurde von dem großen und starken Polizisten so schwer am Kopf und an den Armen verletzt, daß er bewußtlos zusammenbrach. Drei Wochen mußte Rohr infolge der Mißhandlung ärztlich behandelt werden. Auch sein Bruder war erheblich verletzt. Der Maurer wurde, obwohl er keine strafbare Handlung begangen hatte, unter Anklage gestellt. Das Schöffengericht verurteilte den Schuhmann wegen Widerstandes, Bedrohung und Beleidigung — zu zwei Wochen Gefängnis und 30 M. Geldstrafe. Er legte Berufung ein. Die Dortmund Strafkammer sprach ihn nach eingehender Beweisaufnahme frei. Der Schuhmann, der sich seines bissigen Hundes rühmt, suchte sich mit „Verwechslung der Brüder“ und einem „unvermuteten“ Angriff herauszureden.

Ob man nun den „Schuhmann“ zur Rechenschaft ziehen wird?

Nachmals die Heilmittelanfandigung.

Wir berichteten kürzlich, daß das Kammergericht diejenige Berliner Polizeiverordnung für ungültig erklärt hat, welche, wie viele andere gleichartige Verordnungen, ganz allgemein die öffentliche Anfandigung aller den Apotheken vorbehaltenen Heilmittel, also auch der harmlosesten, verbietet. Das Kammergericht deutete in dem Urteil schon an, daß bezogene Verordnungen zulässig und gültig sein könnten, die sich auf das Verbot der Anfandigung gefährlicher Mittel und von „Reklamemitteln“ beschränken.

Das Kammergericht hat nun jetzt eine Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten zu Danzig vom 20. April 1903 für gültig erachtet, welche es verbietet, Heilmittel usw. öffentlich anzufandigen, denen eine über ihren wahren Wert hinausgehende Wirkung bezeugt wird. Derartige Verordnungen über die Anfandigung von Reklamemitteln finden ihre Rechtsstütze im § 8f des Polizeiverwaltungsgesetzes in Verbindung mit § 10, Teil 2, Titel 17 des Allgemeinen preussischen Landrechts.

In der Sache selber — Aufnahme einer Anfandigung von Kola-Dulz durch Redakteur Döll in Danzig — kam es noch nicht zu einer endgültigen Entscheidung. Die zweite Instanz soll nun nachprüfen, ob Kola-Dulz hier ein Reklamemittel war.

Aus aller Welt.

Löwenjagd in Leipzig.

Eine aufregende Löwenjagd gab es in der Nacht zum Montag in der Blücherstraße in Leipzig. Ein Wagen der elektrischen Straßenbahn fuhr auf einen noch dem Bahnhof fehlenden Tierwagen des Zirkus Warnum auf. Bei dem heftigen Zusammenstoß ging der Transportwagen in Trümmer und fünf Löwen entwichen. Unter dem zahlreichen Publikum entstand begreiflicherweise eine furchtbare Panik. Die Löwen, erregt durch den Zusammenstoß und die Schreckensrufe der Straßengänger, suchten sich in Sicherheit zu bringen. Feuerwehrt und Schutzleute nahmen die Verfolgung auf. Ein Löwe sprang durch die Tür des Hotels Blücher, lief die Hotelstiege hinauf und setzte alles in Schrecken. Ein Gast des Hotels, ein Franzose, der bereits im Schlaf gelegen hatte, hörte an der Tür ein starkes Krachen und sah sich, als er öffnete, dem Löwen gegenüber. Noch schlaftrunken, hielt er ihn zunächst für ein Kalb, bis er dann zu seinem Schrecken das Raubtier erkannte. Schließlich gelang es, die fünf Bestien zur Strecke zu bringen. Ein Löwe nach dem anderen wurde durch das zahlreiche Schutzmännchen aufgebaut niedergeknallt. Einer der Löwen soll nicht weniger als 150 Schüsse erhalten haben. Die Dompfuste, der durch das Unglück ein schwerer Schaden zugefügt ist, warf sich verzweifelt auf ihre toten Lieblinge. Bei der ganzen Treibjagd scheinen die Könige der Wüste noch größere Angst gehabt zu haben, als das entsetzte Publikum.

Während es in Leipzig schnell gelang, den „Bürger-Schred“ zu beseitigen, macht der „Bauernschred“ auf der Stübelp immer noch die Umgebung unsicher. An Wippsabdrücken von Fußspuren der wilden Tiere wurde beim Vergleichen mit Hundespuren aus dem Tierhospital im Veterinäramt festgestellt, daß es sich nicht um lagenartige Tiere, sondern um wildernde Bauernhunde handelt. Die Nachforschungen werden noch fortgesetzt.

Zwei schwere Eisenbahnunfälle.

Am Sonntagmorgen entgleiste auf der Strecke Hagen—Dortmund auf Bahnhof Vorhalle der Eilzug 158 aus bisher unbekannter Ursache. Die Maschine und der Gepäckwagen fielen um, ein Personenwagen grub sich in die Erde. Der Lokomotivführer wurde schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht. Der Heizer wurde getötet. Mehrere Reisende und der Zugführer wurden leicht verletzt. — Ein zweites Unglück trug sich am Montagvormittag in der Nähe des Stadtgartens in Gelsenkirchen zu. Dort stieß aus bisher unbekannter Ursache

der Personenzug Essen-Welkenkirchen mit einem Güterzuge zusammen und kam zur Entgleisung. Ein Reisender wurde schwer, vier leicht verletzt. Der Lokomotivführer des Personenzuges erlitt ebenfalls leichte Verletzungen.

Ein vierfacher Mord.

Die Walländer Wälder bringen spaltenlange Meldungen über ein furchtbares Verbrechen, welches in Kovatio bei Brescia begangen wurde. Der in seiner Jugend zu 25 Jahren Gefängnis verurteilte Giuseppe Bassetti hatte während seiner Gefängniszeit seiner Familie, die ihn von Zeit zu Zeit immer mehr vernachlässigte und schließlich gar nicht mehr achtete, Rache geschworen. Als er bereits vor einiger Zeit einmal aus dem Gefängnis entlassen wurde, drohte er, seinen Vater ermorden zu wollen. Daraufhin wurde er von neuem verhaftet und wieder verurteilt. Als er nun abermals in Freiheit gesetzt worden war, suchte er zunächst bei seinem Schwager Unterkunft und verschaffte sich später einen Revolver. In der Nacht verließ er heimlich das Haus seines Schwagers und schlich sich nach dem elterlichen Hause. Sein Schwager, der das heimliche Entkommen Bassettis beobachtet hatte, rief sofort einige Leute zusammen, um mit ihnen nach dem Hause der Eltern Bassettis zu eilen und ein Verbrechen zu verhindern. Leider kamen die Leute zu spät an. Die Tat war bereits geschehen und das Elternhaus Bassettis stand in hellen Flammen. Der Mörder hatte sich in einer Ecke versteckt und so dem Umsichgreifen der Flammen zusehen. Bald nach der Feuerlegung erschien die Schwester des Täters am Fenster, die sofort Alarm schlug, als sie die Gefahr erkannte. Jetzt kamen nun die übrigen Familienmitglieder, um sich aus dem brennenden Hause zu retten. Der Mörder hatte vor der Haustür große Haufen Stroh angehäuft und diese ebenfalls entzündet, so daß die Familie an ihm einzeln vorbei mußte. Er hatte nun hinreichend Gelegenheit, seine ganze Familie, Vater, Bruder, Schwester und Schwägerin, niederzuschießen. Dem Unhold entwich nur das fünfjährige Kind seiner Schwester, das die grauenhafte Tat ansehen mußte. Die herbeigeeilten Leute waren von dieser schrecklichen Handlungsweise Bassettis dermaßen bestürzt, daß sie nicht wagten, an ihn heranzugehen und seine Festnahme vorzunehmen. Sie läuteten die Sturmglocken, um so polizeiliche Hilfe herbeizuholen. Der Mörder

hatte aber inzwischen das Weite suchen können. Bis jetzt hat man noch keine Spur von ihm.

Die Zeit der Zwetschen-Prozesse.

Aus Südbahnhof wird uns geschrieben: Ueberall in den Dörfern und kleineren Ortschaften steht gegenwärtig die Zwetschen-ernte und das Pflücken im Vordergrund des Interesses, und in merkwürdiger Verbindung damit entstehen in dieser Zeit zu nicht geringem Vergnügen der Advokaten unzählige Prozeßkriege. Alter Tradition gemäß herrscht nämlich vielerorts die Sitte — oder Unsitte, wie man will —, während der Lage des Zwetschenmuskens die Kerne der in diesem Jahre so überreichlich geernteten Früchte einem „guten Freunde“ oder „getreuen Nachbarn“ nachlässigerweise in Haufen vor die Tür zu werfen. Manah einer nimmt zwar diese zweifelhaften Scherze gutwillig hin, meist aber läuft dem mit solchen Gaben Bedachten die Galle über, namentlich dann, wenn, wie es nicht selten vorkommt, jemand über die glücklichen Kerne gestürzt ist und dabei irgendeinen leiblichen Schaden nahm. Da die Uebelthäter ihr Werk naturgemäß so heimlich wie möglich betreiben, so stützen sich die „Beschwerten“ bei ihren Ermittlungsversuchen bezüglich der Täterschaft fast immer auf vage Vermutungen. Komödien der Irrungen sind die Folge. Es werden unschuldige verdächtigt, man sagt sich gegenseitig Weisheiten, und im Handumdrehen ist so ein „Zwetschenprozeß“ in schönstem Fluss.

Ein probates Mittel aber, den Schuldigen zu ertwischt, hat sich dieser Tage ein Einwohner des Städtchens Salzherhelden erdacht, der bereits an manchem schönen Morgen gar stattliche Kernsammungen von seiner Schwelle entfernen mußte. Er legte abends eine sinnreich konstruierte Schlinge von dünnem Draht vor die Tür und verband diesen Apparat mit einer Klingel in seinem Schlafzimmer. Die Wähe sollte sich lohnen. Noch in der nämlichen Nacht wurde der Bewohner jäh aus dem Traume gerüttelt. Mit einem Satz war er an der Tür, wo ihm ein netter Vogel ins Garn gegangen war. An der Schwelle lag mitten zwischen Zwetschenkernen eine junge Magd, die mit dem Fuß in die Schlinge geraten und beim Fortlaufen unbermerkt zu Fall gekommen war. Ehe sie sich befreien konnte, war sie ertwischt, während zwei Helfershelferinnen eiligst im Dunkel der Nacht verschwand. Salzherhelden aber ist um einen Zwetschenprozeß reicher.

Ja, wenn man was verloren hat . . .

Eine hohe Rettung von der Liebe ihres Gatten scheint die Frau des New Yorker Arztes Dr. Josef W. Lafe, Mrs. Catherine

W. Lafe, zu haben. Sie hat gegen Mrs. Florence Madah, die Gattin des Kabinetkönigs Madah, eine Klage auf einen Schadenersatz von 200 000 Dollar angebracht, weil Mrs. Madah ihr angeblich die Zuneigung ihres Gatten entfremdet hat. Mrs. Madah erklärt diese Behauptung für eine Verleumdung und für die Hirngespinnste von Eiferucht und hat durch ihren Verteidiger feststellen lassen, daß Dr. W. Lafe schon seit 1904 nicht mehr mit seiner Frau zusammen lebt.

Kleine Notizen.

Ein Lustmord. Am Montagmorgen fand ein Einwohner des Hamburger Vorortes Klein-Vorstel in einem auf einer Wiese befindlichen Brunnen die Leiche des neunzehnjährigen Dienstmädchens Erichsen, das bei einem Oberkontrolleur in Stellung war. Wahrscheinlich liegt ein Lustmord vor.

Pestepidemie. In der russischen Ortschaft Komopetrowet ist eine Pestepidemie ausgebrochen, die bisher elf Todesopfer gefordert hat. Der Vorort ist abgesperrt. Die Lage ist ernst.

Eisenbahnkatastrophe in Texas. Nach einem Telegramm aus Meridian in Texas ist ein Zug, in dem sich eine Artillerieabteilung befand, auf der Fahrt nach Meridian infolge Einstruzes einer Holzbrücke in die Tiefe gestürzt. Zwanzig Soldaten sind getötet und etwa hundert verwundet worden.

Schredendat eines Geisteskranken. Aus St. Johns Neufundland) wird gemeldet: Der Bischof March wurde am Sonntag während des Gottesdienstes in der Kirche von Harbour Grace von einem gewissen Jack Hare durch einen Revolver schuß schwer verwundet. Hare, der geisteskrank sein soll, wurde festgenommen.

Eine neue Sensation zum Kiewer Prozeß. Die „Petersburger Zeitung“ veröffentlicht eine sensationelle Meldung über den Kiewer Weiss-Prozeß. Ein Strafgefangener im Zuchthause von Lody, namens Vagnarn, soll Mitgefängenen erklärt haben, daß er für eine bedeutende Summe Geldes den Jungen Justschinsk mit mehreren Komplizen ermordet habe. Die „Petersburger Zeitung“ fügt selbst hinzu, daß diese Meldung wenig wahrscheinlich klingt, doch ist auf alle Fälle eine Untersuchung angeordnet worden.

Todes-Anzeigen

Ortskrankenkasse der Schneider, Schneiderinnen und verwandter Gewerbe zu Berlin.

Am 18. Oktober verstarb nach langen, schweren Leiden unser langjähriger Vorsitzender

Gustav Nahtow.

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen allezeit opferbereiten Kollegen, der durch seine Erfahrung und Tätigkeit in den Organen der sozialen Gesetzgebung sowie den verschiedensten Körperschaften, sein Wesen und seine Umsicht die Interessen der versicherten Kassenmitglieder und Arbeitgeber in bester Weise vertrat und harmonisch zu vereinigen wußte.

Ein dauerndes Andenken wird ihm deshalb erhalten bleiben.

Berlin, den 20. Oktober 1913.

Der Vorstand.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Oktober, nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause, Putbusser Str. 13 aus nach dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt. Die Trauerfeier beginnt dort in der Halle um 3 Uhr.

Am Sonnabend, den 18. Oktober, wurde der Vorsitzende der Ortskrankenkasse der Schneider, Schneiderinnen und verwandter Gewerbe zu Berlin, Herr

Gustav Nahtow

von langen schweren Leiden durch den Tod erlöst.

Neben seinem Stroh, die von ihm lange Jahre geleitete soziale Einrichtung zum Wohle der Versicherten auszubauen und zu erweitern, zeigte der Verstorbene stets ein warmes Herz für uns Angestellte.

Wir werden ihm ein ehrendes und dauerndes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 22. Oktober, nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause Putbusser Straße 13 aus nach dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt. Die Trauerfeier beginnt dort in der Halle um 3 Uhr.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises. Köpenicker Viertel, Bezirk 167 II.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin, Frau

Auguste Walkowiak

Kantensfelstr. 104, gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Oktober, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Emmaus-Kirchhof, Hermannstraße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht

218/1 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 19. Oktober verstarb unser Parteigenosse

Adolf Gutjahr

Emser Str. 42, 14. Bezirk.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des alten Jakob-Kirchhofes, Berliner Straße 4-6, aus statt.

239/12 **Der Vorstand.**

Danksgiving.

Allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Reichstagsabgeordneten Herrn Rubell, den Kollegen der Firma **Beher**, dem Gesangsverein „Robelia I“, dem sozialdemokratischen Wahlverein des IV. Berliner Wahlkreises, dem Bezirk 195, Teil I, sowie der Allgemeinen Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler (E. D. 86, Hamburg) und dem Deutschen Holzarbeiterverband spreche ich für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Namens

Heinrich Zimmermann

meinen herzlichsten Dank aus. 67H

Auguste Zimmermann.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dieckmann, Für den

Zentralverband der Dachdecker-Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Christof Brand

am Sonntag, den 19. Oktober, verstorben ist. 51/10

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Weihenstephaner Friedhof, Nollendorfstraße, statt.

Zahlreiche Beteiligung ermarct

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Am 18. d. Mts. verstarb unser Genosse und früheres Mitglied des Vorstandes, der Schneider

Gustav Nahtow

Putbusser Str. 13.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt.

Um rege Beteiligung ersucht

231/6 **Der Vorstand.**

Am Sonnabend nachmittags 3 Uhr verstarb nach langen, schweren Leiden mein lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der Schneidermeister

Gustav Nahtow

im 46. Lebensjahre.

Dies zeigen allen Freunden und Bekannten tiefbetrubt an

Die trauernde Mutter, Geschwister, Schwager, Nefen und Nichten.

Berlin, den 20. Oktober 1913.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Oktober, nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause, Putbusser Str. 13, aus nach dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt. — Die Trauerfeier beginnt dort in der Kapelle um 3 Uhr.

Am 18. Oktober entschlief laut nach kurzen Leiden unser guter Vater, Großvater und Schwager

Albert Fuchs

im 66. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrubt an

Felix, Emil, Otto, Albert Fuchs.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 22. d. Mts., nachm. 4 1/2 Uhr, von der Reichenhülle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.

Danksgiving.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Namens

Hermann Klippert

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Kollegen unseren tiefgefühlten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Pauline Klippert

geb. Lässig und Kinder. 27306

Danksgiving.

Anlässlich der großen Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels

Paul Friebe

sagen wir allen Verwandten und Bekannten, den Gesangsvereinen Roalder Liederkreis und Liebesfreunde, seinen Kollegen, Berl. Angellagerfabrik, sowie den Kollegen vom Zentralverband der Handlungsgeschäften, Bezirk Groß-Berlin, meinen tiefgefühlten Dank.

Familie Friebe, Stephanstr. 51, Familie Tietz, Familie Leonhard.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz

10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Oskar Wollburg

Trauer-Magazin

Berlin N., Brunnenstraße 56.

Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden.

Anderungen sofort.

Zahngebisse, Platin, Goldschalen, Silberarbeiten höchstschön, Klübel, Schönebergstr. 72, I. 26755*

Die Botano-Trinkkur

Eine große Wohltat für Männer u. Frauen bei Zuckerkrankheit (Diabetes), Gicht, Rheumatismus, Herzleiden, Nierenleiden, Blasenleiden, Wassersucht etc.

Wenn Sie schon andere Mittel ohne zufriedenstellenden Erfolg benutzt haben, so trinken Sie jetzt „Botano.“ Wir sind überzeugt, daß Sie „Botano“ bald lobend preisen werden. Hemmen Sie die zerstörende Selbstvergiftung, die andere Getränke erzeugen, trinken Sie „Botano.“ Die entgiftende Wirkung des „Botano“ ist keine vorübergehende sondern eine dauernde. Der ganze Organismus erfährt eine gründliche Durchspülung, die Kräfte und das Wohlbefinden nehmen wieder zu. Die Botano-Kur ist bei dem äußerst niedrigen Preise des „Botano“ (täglich nur wenige Pfennige) eine der billigsten Kuren! — Ärztlich begutachtet und bestens empfohlen, viele Anerkennungen.

100 000 Probepäckchen gratis

sowie unsere Aufklärungschrift „Botano (D. R. P.) — Der Feind der Harnsäure“ versenden wir jetzt an alle Kranken, die uns darum schreiben. Lassen Sie sich sofort ein Probepäckchen gratis kommen. Postkarte genügt. — Preis des Originalpaketes 1.50 Mk., von 4 Paketen an Frankozusendung

Botano-Werke GmbH, Postfach 147/9 Breslau II

Anton Boekers Festsäle

Weberstr. 17

Telephon: Amt Köpenick 134 14.

Empfehle den wertigen Vereinen und Gewerkschaften meine Säle, 100 und 750 Personen fassend, zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten, auch Sonntags, zu günstigen Bedingungen. In der Saison noch einige Sonnabende und Sonntage zu vergeben.

Um geneigten Zuspruch bitte!

Anton Bocker.

Fordert und raucht

nur: **August Bebel**-Cigaretten, ges. geschützt, **2 Pf.**

Melly-Cigaretten	2 Pf.
Milo	3 "
Lenecster	3 "
Conte Rossi III	3 "
Talmon	3 "
Boston	4 "
Baltimore	5 "
Conte Rossi V	5 "

Sämtliche Marken mit, ohne, Gold-, Kork-, Mundstück.

Hervorragende Qualität! Keine Ausstattung, aber erstklassig!

„Maska“, Cigarettenfabrik.

Telephon: Köpenick 4433. NO 19, Palisadenstraße 24.

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Berlin-Wilmersdorf und Umgegend.

Ordentliche General-Versammlung

der Vertreter der Arbeitgeber und Kassenmitglieder am Montag, den 3. November 1913, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshause, Wilhelmstraße 112.

Tagesordnung:

1. Berichtigung des Protokolls.
2. Beschlußfassung über die vom Oberverwaltungsamt Groß-Berlin vorgeschlagenen Änderungen der neuen Satzungen und zwar die §§ 34, 53, 55, 61 und 79.
3. Wahl einer Rechnungsprüfungs-Kommission gemäß § 52 der Satzungen.
4. Berichtigendes. 278/10

Beschwerden und Anfragen, zu welchen Einsichtnahme in Akten erforderlich ist, können zur Besprechung nur zugelassen werden, wenn dieselben mindestens drei Tage vorher schriftlich beim Vorstande eingereicht sind. Nur Delegierte dürfen an der Generalversammlung teilnehmen.

Berlin-Wilmersdorf, 20. Okt. 1913.

Der Vorstand.

Tablen	Detail
Vorstand.	Schriftführer.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer,

Inh.: P. Golletz

Mariannenstr. 2. Tel. Mpl. 346.

Schlafepaten

Neuen dreifar-198 senden gratis bigenKatal.No. 198 und franko

R. Jaekel's Patent-Möbelfabrik, Berlin SW., Markgrafstr. 20.

Kranzspenden

jeweils sämtliche Blumenarrangements liefert schnell und billig **Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. Mpl. 7208.**

Spezialarzt

Haut-, Genu-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weinkranke jeder Art, Ehrlich Gata-Kuren in u. Co. Leipzig, u. Co. Leipzig, u. Co. Leipzig, u. Co. Leipzig.

Dr. Homeyer

Unterlungung, Säden I. Genuus, Friedrichstr. 81, gegenüber Ept. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Kostüme, modern

Ulster, Außerst schick Plüschmäntel, elegant Kinder-Paletots

Blusen und Röcke direkt aus Arbeitsstuben billigst

Magnus Meyer

Blücherstr. 13, I. Etage. Sonntags geöffnet. Kein Laden. Parteimitgl. erhalt. 5%, Ermäßig.

Reuters Werke

3 Bände 4 Mark

Buchhandlung Vorwärts

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Das Ergebnis der Landtagswahlen in Niederbarnim.

Nachdem vor etwa 4 Wochen die Ergebnisse für die 12 Berliner Wahlkreise veröffentlicht werden konnten, ist jetzt auch die Bearbeitung der Niederbarnimer Wahlergebnisse beendet...

Der Arbeit stellten sich insofern Schwierigkeiten entgegen, als aus einer ganzen Anzahl ländlicher Urwahlbezirke, insbesondere in Oberbarnim keine Angaben zu erhalten waren...

Wenngleich die Wahlergebnisse im Auftrage des Kreisvorstandes von Niederbarnim in erster Linie bearbeitet und in einer Broschüre zusammengefasst wurden...

Gestützt auf eine nähere Betrachtung des Bevölkerungszuwachses im Kreise, wurde von vornherein an die Eröberung des Wahlkreises gedacht...

Die Bevölkerungszahlen waren:

Table with 3 columns: Year (1910, 1905), Niederbarnim, Pichsenberg, Oberbarnim, Eberswalde, Gesamt-Wahlbezirk.

Die Zunahme betrug mithin 141 186 = 28,9 Proz.; sie war in Niederbarnim und Pichsenberg größer als in den beiden anderen Gebietsteilen...

Hatte die Bevölkerung im gesamten Wahlbezirk von 1900 zu 1905 um 26,8 Proz. von 1905 zu 1910 um 28,9 Proz. zugenommen...

Table with 3 columns: Year (1903, 1908, 1913), I. Abteil., II., III., insgesamt.

Die Zunahme betrug hier von 1903 bis 1908 80 128 = 24,94 Proz.; von 1908 bis 1913 57 645 = 23,76 Proz.

Betrachtet man die Klasseneinteilung bei den drei letzten Wahlen näher, so zeigt sich ein Aufdrücken von den unteren in die höheren Klassen sowohl in Nieder- als auch in Oberbarnim...

Wahlberechtigung in Prozent.

Table with 3 columns: Year (1903, 1908, 1913), Niederbarnim, Oberbarnim, I. Abteilung, II., III.

Die Wahlbeteiligungsziffern bieten nachstehendes Bild:

Table with 3 columns: Absolute Zahlen (1903, 1908, 1913), Prozent (1903, 1908, 1913), Niederbarnim, Oberbarnim, I. Abteilung, II., III., insgesamt.

Bemerkenswert hierbei ist, daß 1908 in Oberbarnim durchweg die Wahlbeteiligung absolut und auch prozentual zurückging, auch in Niederbarnim war in den beiden oberen Abteilungen ein prozentualer Rückgang zu verzeichnen...

Zur Beurteilung der Wahlbeteiligung von 1913 sei noch an Einzelheiten mitgeteilt, daß in 5 Urwahlbezirken und zwar in der ersten Abteilung keine Wahl zustande kam...

Das erfreulichste Bild aber bieten unsere Stimmengängen.

Wir erhielten Stimmen:

Table with 3 columns: Year (1903, 1908, 1913), Niederbarnim, Oberbarnim, I. Abteilung, II., III., insgesamt.

Die Steigerung betrug demnach von 1903 zu 1908 12 101 Stimmen = 84,63 Proz. und von 1908 zu 1913 20 721 Stimmen = 78,46 Proz.; d. h. von dem im Jahre 1908 mehr erschienenen 12 550 Wählern sowie von dem im Jahre 1913 mehr erschienenen 27 089 Wählern stimmte der weit überwiegende Teil sozialdemokratisch.

Diesem schönen Erfolge entspricht aber bei weitem nicht der Anteil an Wahlmännern, der auf unsere Partei entfiel, wie aus folgender Tabelle zu entnehmen ist:

Table with 3 columns: Year (1903, 1908, 1913), Wahlmänner waren zu wählen, tatsächlich gewählt wurden, davon waren sozialdemokratisch, das sind Prozent der gewählten Wahlmänner.

Unsere Gegner aber machten, dank dem niederträchtigen Dreiklassenwahlrecht, weit vorzüglichere Geschäfte. Es erhielten:

Table with 4 columns: Partei, Stimmen, Proz., Wahlmänner, Sozialdemokraten, Demokraten, Fortschritt. Rational, Konservative, Inaktiv od. zerfällt.

Die Abgeordnetenwahl vom 3. Juni brachte uns dann nach vorhergegangenen Vereinbarungen mit den Fortschrittlern den Sieg. Von den 2262 zur Wahl erschienenen Wahlmännern stimmten im ersten Wahlgange für:

Table with 4 columns: Name, Year, Party, Votes, Braun, Hofer, Gaenisch, Erdmannsdorfer, Goldschmidt, Rade, v. Trecklow, Zietzen, Pauli.

Die Demokraten stimmten an dritter Stelle für v. Berlach, westwegen unserm Genossen Gaenisch diese neun Stimmen fehlen.

Im zweiten Wahlgange erhielten unsere Kandidaten 1119 Stimmen; v. Trecklow bekam 816, Zietzen 825 und Pauli 823 Stimmen. Somit haben von den liberalen Wahlmännern bei der Stichwahl nur 22 Liberale für uns, aber 106 für die Konservativen gestimmt...

Können wir auch nicht behaupten, den Kreis aus eigener Kraft geholt zu haben, so geht doch aus der Uebersicht deutlich hervor: wenn unsere Genossen die vom Kreisvorstand herausgegebene Broschüre richtig anzuwenden wissen, dann wird es schwer sein, uns jemals den Kreis wieder zu entreißen...

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Das Marinehaus, Brandenburger Ufer, ist für die organisierte Arbeiterschaft nach wie vor gesperrt.

Im zweiten Kreis hat das Lokal Karl Nihles Festsaal, Demnitzstraße 13, den Besitz gewechselt. Der jetzige Inhaber Georg Kopp stellt das Lokal der Partei und Gewerkschaften zu den üblichen Bedingungen zur Verfügung.

Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Köpenickerstraße 3: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl. 5. Vereinsangelegenheiten. 6. Verschiedenes.

Pichsenberg. Zu der bis zum 26. Oktober vorzunehmenden Agitation wollen die Genossen sich abendtäglich pünktlich 7 Uhr an den bekannten Stellen treffen.

Britz. Mittwoch, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Volksversammlung bei Madag. Chausseestraße. Stadtverordneter Genosse Bugin spricht über Arbeitslosenversicherung.

Friedrichshagen. Morgen Mittwoch, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: Halbjahrsversammlung bei Verke, Friedrichstraße 112. Tagesordnung: 1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Bericht des Bildungsausschusses. 3. Bericht aus der Gemeindevertretung. 4. Erntewahlen. 5. Anträge. 6. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Am Donnerstag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, beginnt im Jugendheim, Friedrichstr. 60, 2. Hof parterre links, ein Vortrag „Luzius über Aus Theorie und Praxis der deutschen Gewerkschaften“. Der Eintrittspreis für die fünf Vorträge beträgt 25 Pf. Umstandeshalber konnte der erste Vortrag am 16. Oktober nicht stattfinden.

Hofen-Schönhausen. Donnerstag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung des Wahlvereins bei F. Reiter. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag in Jena. Referent: Genosse Schindler. 2. Bericht des Kassierers. 3. Bezirksangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Nach der Komödie der Ragenjammer.

Der Sang verschollen, der Wein ist berrauscht, stumm irr ich und träumend umher... so fallen jetzt in ihrem moralischen und physischen Ragenjammer die eben noch von patriotischer Begeisterung trunkenen Bourgeois, Spießbürger und Kriegervereinsbrüder... Sie bleiben sich immer treu, unsere Patrioten; sie feiern unentwegt in ihrem Geiste und in ihrer Trübsion: halten phrasenreiche, prunkende Reden, begleitet von dröhnendem Theaterdonner, bringen nach „germanischer Sitte“ dem Gott Gambirius und dem Gott Bacchus die gehörigen Opfer, mästen sich, dertweil in den Glendquartieren der kapitalistischen Gesellschaft hunderttausende Arbeitslose mit ihren Familien buchstäblich am Hungertuche nagen...

Das ist das notwendige Schicksal jener gemachten Patriotenfeiern, deren Inhalt und Motive aus einer trostlosen Vergangenheit geholt werden, um sich über die Wüster einer noch trostloseren Gegenwart hinwegzuhelfen. Der Bourgeois, dem die platte Trivialität der täglichen Geldmacherei mit der Zeit ansekt, kauft begierig nach jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, sich so oder so einen Gemütsaustausch zu verschaffen, der seinem Geiste entspricht. Die herrschenden Machthaber bedürfen derartiger pompöser Maskeraden, die aufgeregten Volksmassen zu betäuben. Sie über ihre ausbeuterischen Methoden hinwegzutäuschen. Aus diesen widerstreitenden Bestrebungen der herrschenden Klassen kommt denn, wie auch bei diesem Völkerschlachtrummel, jener wunderbare Wischmasch zustande, an dem selbst dessen Veranstalter keine rechte Freude haben, weil die breiten Massen des Volkes diesen billigen Patriotismus nicht nur verachten, sondern ihn mit den feindlichsten Gefühlen aufs entsetzendste bekämpfen. Der Sang ist verschollen, der Wein ist berrauscht...

*) Die Parteistellung war bis auf zwei nicht zu ermitteln, diese gehörten unserer Partei an.

Ernüchterung, Bauchbeschwerden, Ragenjammer sind das Resultat. Das Herz des eben noch von Begeisterung erfüllten Bourgeois ist von bitterer Enttäuschung belastet. Er wühlt in seinen Erinnerungen und Erlebnissen und entdeckt nichts als eine schreckliche Dede.

Das kämpfende Proletariat ist frei von diesen moralischen Lasten, eben weil es den patriotischen Komödien und Maskeraden von vornherein ablehnend gegenübersteht. Es sucht weiter seine Ideale nicht allein in der grauen Vergangenheit, sondern vor allem in der Gegenwart und Zukunft. Und in diesem zukunftsreichen, lebensbejahenden Geiste wird die Arbeiterklasse ihren Befreiungskampf führen, bis die reaktionären Machthaber von heute samt ihrem gleichem Land und Punder beseitigt sind.

Tanzkultur in Berlin WW.

In Berlin W. wo man gut zu leben und sich in jeglicher Form zu amüsieren versteht, ist auch eine komfortable Weltwirtschaft, in der internationale Tänzerinnen Charaktertänze vorführen. Es soll sich um ziemlich teure Akquisitionen handeln. Der Direktor des Etobissements, Herr Krahl, wurde wegen Heberelung der Gewerbeordnung angeklagt, weil hier Darbietungen ohne höheres Interesse der Kunst vorlägen, für die eine behördliche Erlaubnis erforderlich gewesen, aber nicht erteilt worden wäre. Das Landgericht sprach jedoch den Angeklagten frei. Es nahm an, daß bei Darbietung dieser Tänze ein höheres Interesse der Kunst obwalte. Daffir konnte sich das Gericht auch auf das Gutachten eines Vertreters der bildenden Kunst berufen.

Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob jedoch das Urteil auf und verwies die Sache in die Vorinstanz zurück. Die Tänze mögen ja, so wurde das Urteil begründet, sehr kunstvoll ausgeführt worden sein und in Linie und Bewegung entzückt haben; das allein begründe aber nicht die Annahme, es hätte ein höheres Interesse der Kunst obgewaltet. Es komme vielmehr auch noch auf das ganze Milieu an. So stehe das Kammergericht auf dem Standpunkt, daß vom Obwalten eines höheren Interesses der Kunst keine Rede sein könne, wenn ein fortwährendes Kommen und Gehen von Personen und ein andauerndes Herumtragen von Speise und Trank stattfindet. Auch läme in Betracht, unter welchen sonstigen Umständen die an sich künstlerischen Leistungen erfolgten. In dieser Beziehung sei zum Beispiel bedenklich, daß im vorliegenden Falle die Rehe davon war, die Vorführung der Tänze finde manchmal auf einem Platz mitten im Publikum statt. Das Landgericht muß in der angeedeuteten Richtung die Sache nachprüfen.

Vom Zweckverband.

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reide trat gestern der Ausschuß des Verbandes Groß-Berlin im Berliner Rathaus zusammen. Anwesend waren u. a. Oberpräsidialrat Graf Roedern, die beiden Landräte v. Achenbach und Geheimrat Dr. Buch. Zunächst wurden einige Polizeiverordnungen zustimmend erledigt und mit Befriedigung Kenntnis genommen von der Bauordnung für die Ostseite des Tempelhofer Feldes, ferner von der Bauordnung für das platte Land, wodurch eine allgemeine Regelung herbeigeführt wird. Angenommen wurde der Bauplan für den inneren Teil von Britz, um das neue Rosarium, wonach eine landhausmäßige Bebauung für dieses schöne Gelände gesichert ist. Es soll dort ein einheitliches, sehr wohlhliches Innenviertel entstehen.

Genehmigt wurden dann die schon bekannt gegebenen Pläne für den Breitenbachplatz.

Einen breiten Raum nahmen die Beratungen für die Bebauung eines forstfiskalischen Geländes am Südufer des Wannsees ein. Dieser Teil des Wannseeufers soll nach der Bauklasse F mit nur erstklassigen Villen bebaut werden. Der Ausschuß bedauerte, die Bebauung des Ufergeländes nicht hindern zu können. Er hat aber seinen Einfluß so weit geltend gemacht, daß das schöne Ufer des Wannsees für das Publikum in beträchtlicher Breite frei bleiben und durch breite Alleen verbunden werden wird. Auch soll durch die Anlage von breiten Aussichtsterrassen das ganze Ufergelände bezüglich der Aussicht für das Publikum frei bleiben.

Bei der Beratung von Fluchtlinien für Oberhavelnieder wurde die Aufhebung der alten Fluchtlinie für den Industriebezirk beschlossen. Die vorgesehenen Straßen zerteilen nämlich das Gelände in einer ganz ungewöhnlichen Weise. Der Verbandsausschuß wird bestrebt sein, durch neue Fluchtlinien den Ort in seiner industriellen Entwicklung zu fördern. Zum Schluß wurden noch sehr wichtige Fluchtlinien für Zehlendorf beschlossen, die auch für Groß-Berlin von besonderem Interesse sind, weil die Hauptstraßen nunmehr eine befriedigende Ausgestaltung erhalten können, und zwar besonders dank dem Entgegenkommen der Zehlendorfer Gemeinde. Unter anderem wurden von dieser weit aussehauenden Regelung die Berlin-Potsdamer Hauptstraße und die Radnower Chaussee betroffen.

Der Verkehr des Berliner Osthafens.

Die ersten Betriebsergebnisse. Der Osthafen der Stadt Berlin, der am 1. Oktober eröffnet wurde, hatte bereits in den ersten zwei Wochen seines Betriebes einen für den Anfang recht ansehnlichen Verkehr zu verzeichnen — ein Beweis dafür, wie notwendig seine Anlage im Interesse der Berliner Handelswelt war. Gleich in den ersten Tagen entwickelte sich ein reger Betrieb. In den ersten vierzehn Tagen haben sich folgende Betriebszahlen ergeben: Es wurden zu Lager genommen nach der Ladung aus dem Kahn: 4 Millionen Kilogramm Getreide (Weizen, Hafer und Gerste), davon sind zur Weiterbeförderung durch Eisenbahn und Fuhrwerk 625 000 Kilogramm ausgelagert worden. Mit Kahn und Eisenbahn sind ferner eingegangen 6000 Sack Mehl, wovon 2100 Sack bereits wieder ausgeliefert wurden. An Eisdagut wurden ausgeladen: 400 000 Kilogramm, Weizen und Weizen 150 000 Kilogramm und 1000 Stüd Delfässer. Außerdem wurden mehrere Kahnladungen Kauersteine und Kies entladen. An Kohlen wurden vom Kahn auf die Eisenbahn 840 000 Kilogramm umgeschlagen. Endlich sind mehrere Eisenbahnwaggons mit Äpfeln, Gieren und Nüssen teils auf den Boden entladen, teils in den Kahn umgeschlagen worden. Für das Venzinlager sind dagegen bisher nur 20 000 Kilogramm eingegangen, was im Verhältnis zu dem Fassungsvermögen des Venzinlagers von 1 Million Liter nur ein bescheidenes Quantum ist, doch dürfte dieser geringe Eingang lediglich auf die Reuigkeit der Anlage und die wie immer in solchen Fällen zu beobachtende anfängliche Zurückhaltung der Interessenten zurückzuführen sein. Man darf annehmen, daß die nächste Zeit auch dem explosionsfähigeren Venzinlager des Osthafens eine reiche Anzahl von Kunden zuführen wird.

Völkerschlachtrummel in der 1. Handwerkerhalle.

Als am Sonntag die Schüler der Typographenhalle in der Schule erschienen, hielt es der den Unterricht erteilende Lehrer für

angemessen, vor Eröffnung des Unterrichts auf die Hundertjahrfeier der Völkerschlacht in kurrapatrisiotischem Sinne hinzuweisen und schließlich auch eine Anordnung des Unterrichtsministers zum Vortrag zu bringen. Die Schüler waren ob dieses patriotischen Heberfalls zunächst ganz verbirgt, denn es handelt sich hier nicht um schulpflichtige Kinder, sondern um Leute, von denen der jüngste Teilnehmer im 20. Lebensjahre steht, der älteste Ende der dreißiger Jahre ist. Nach Eröffnung der Ansprache gaben verschiedene Teilnehmer dem Lehrer ganz offen ihre Meinung über dieses Verfahren kund. Sie seien in die Stunde gekommen, um zu lernen, aber nicht gezwungen, patriotische Phrasen anzuhören. Das müsse eine freiwillige Sache sein und jedem freigestellt werden, ob er an kurrapatrisiotischen Veranstaltungen teilnehmen wolle oder nicht. Gereifte Männer aber mit Hilfe der Schulordnung zu nötigen, unzutreffende, ihren politischen Anschauungen vielfach entgegenstehende dynastische Huldigungen entgegenzunehmen, muß auf das entschiedenste zurückgewiesen werden.

Eifersuchtstragödie im Maleratelier.

Die Eifersucht eines jungen Mädchens war gestern vormittag die Ursache einer Tragödie. In dem Atelierhaus in der Wallstr. 51 zu Charlottenburg unterhielt der 24 Jahre alte Maler Paul Vorzang ein Atelier, in dem er gestern vormittag nach einem lebenden Modell Altkubien anfertigte. Plötzlich öffnete sich die Tür und die Braut des Malers, die Stieftochter des Charlottenburger Bankdirektors G., trat herein. Das Mädchen machte ihrem Bräutigam heftige Vorwürfe, daß er nach dem Modell malte. Es kam schließlich zu einer sehr erregten Szene, in deren Verlauf der Maler seinen Revolver zog und auf das Mädchen einen Schuß abgab. Die Kugel drang ihr in den Kopf und die Verletzung dürfte den Verlust beider Augen zur Folge haben. Unmittelbar nach dem ersten Schuß jagte sich der Maler eine zweite Kugel in die Schläfe und brach sofort tot zusammen. Auf die Hilfe der Stiefmutter, das mit Blut überströmte, eilten Hausbewohner herbei, die für ihre Ueberführung nach dem Krankenhaus Bestand sorgten. Die Leiche des Malers wurde beschlagnahmt und dem Schauhaus überwiesen.

Jelluloid-Explosion.

Eine gewaltige Jelluloid-Explosion, bei der die Bewohner des Hauses Sandberger Allee 125 in der größten Lebensgefahr schwebten, verursachte am Montag nachmittag im Nordosten von Berlin eine unbeschreibliche Aufregung. Dort wohnt im ersten Stock der Agent Siebert Schwarz, der hauptsächlich mit Jelluloidtragen und ähnlichen Waren handelt. Gegen 3 1/2 Uhr erfolgte aus noch nicht aufgeklärter Ursache die Explosion, wobei sämtliche Fenster, Türen usw. im ersten und zweiten Stock zertrümmert wurden. Mächtige Stichflammen schossen an der Front des Hauses und auf dem Hofe am Hause empor. Der Straßendamm, der Bürgersteig und der Hof wurden mit Scherben bedeckt.

In der Loggia über einem Laden erschien die Buchhalterin Emma Warnsdorf aus der Hermannstraße in Reutßen und rief um Hilfe. Der Schlächtermeister A. Schwerfinsky und ein Arbeiter der Firma Gg. Wadhaus holten sofort eine große Leiter. Ueber diese wurde das zwanzigjährige Mädchen und ein Kind nach der Straße zu in Sicherheit gebracht. Kaum war dies Rettungswerk beendet, als die Feuerwehre erschien. Auf dem Hofe wurde ein Sprungloch ausgebrochen. Feuerwehrmänner drangen in die Wohnung des Schlächtermeisters Eduard Gärtler im zweiten Stockwerk, das total verqualmt war und schon brannte, ein. Dort fanden sie die Ehefrau A. Gärtler mit deren zwei Knaben im Alter von sechs und zehn Jahren bewußlos vor. Sie wurden an die Luft gebracht und kamen wieder zu sich. Der zehnjährige Eduard sprang mutig in das Sprungloch und kam glücklich unten an. Der sechsjährige Knabe wurde angefaßt und von einem Feuermann hinabgelassen. Die Frau wagte den Sprung nicht. Sie fiel in Ohnmacht. Schließlich kam sie wieder zum Bewußtsein, und nun gelang es, sie durch ein schmales Fensterchen einer Speisekammer des 2. Stockwerks hindurchzuführen. Als sie von der Feuerwehre unterstützt, in das Sprungloch springen wollte, glitt sie ab und stieß dabei am 1. Stock auf eine sogenannte Jollerglocke der dortigen Fernsprechanlage. Alle drei Personen wurden sofort von der Wehre mit Offiziersautos nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft, wo man Hoffnung hegte, alle drei an Raucherergiftung erkrankte Personen wiederherzustellen. Der Inhaber der Agentur E. Schwarz hatte sich allein in Sicherheit gebracht. Er hatte schwere Brandwunden im Gesicht, am Hinterkopf und an beiden Händen erlitten. Besonders die Hände waren schwer verbrannt. Die Flammen konnten noch kräftigen Wassergerben mit mehreren Schlauchleitungen auf die 1. Etage beschränkt werden. Die linke Seite ist total ausgebrannt, nur die linken Wände und die Korridore sind noch vorhanden. Alles andere bildet einen großen Trümmerhaufen auf dem Hofe und der Straße.

Eine große Menschenmenge umlagerte das Haus nahe der Zborner Straße und dem Schlachthof. Wie uns nachträglich noch gemeldet wird, hat die Buchhalterin einen Nervenschlag erlitten. Der Schwann der verunglückten Frau, Schlächtermeister Eduard Gärtler, ist unter dem Eindruck der plötzlichen Katastrophe schwer erkrankt.

Jirkus Schumann. Die Leitung dieses Instituts bietet in diesem Jahre ein sehr hübsch zusammengestelltes Programm argentinischer und anderer Künste. Erreichterweise sind die Darbietungen nicht, wie in der letzten Zeit so oft in Jirkussen, auf rohen Nervenknäuel zugeschnitten, auch hat man es vermieden, blutdürstigen Patriotismus oder lächerliche Dinterpreparanden dem Publikum darzubieten. Es geht auch so. Das hat die Vorstellung am Sonnabend wiederum bewiesen. Prägnant und Eleganz waren das Signum des Gebotenen.

Der Reiterreize der 8 Cowboys und der holländischen Szene zu Pferde von The Meers folgte der Artist Binghart mit seinen faunenerregenden Leistungen und nicht minder fesselte der Verdächt zu Pferde, ausgeführt von den 3 Samlins. Die Katastrophe-Truppe mit ihren eigenartigen musikalischen Darbietungen fesselte das Ohr des Publikums in hohem Maße, während das komische Intermezzo der Clowns Adolf, Cottrell, Loto und Wally wahre Lachsalven auslöste.

Nicht minder gut gefielen die Akrobaten zu Pferde, Mih Via, Abels und Heine sowie Mih Diavola mit ihren Affen, Hühnern, Katzen und Papageien. Direktor A. Schumann arbeitet mit seinem herrlichen Pferdmaterial wie immer glänzend. Überflüssig wirkten die Hoch- und Weitsprünge der zehn prächtigen bengalischen Königsstier, mit denen Mr. Sawade verheert, als seien es bloß saukende Hauslagen und nicht Wesen mit furchtbarem Klagen und Brüllen. Den Schluß der argentinischen Künste bildeten die allerliebsten, drohenden Vorstellungen der Hunde und Affen Paleros. Dann folgte als Opa der „Tango vor Gericht“, eine buntpfarbige Pantomimen-Parade mit Gesang und Tanz, in der gezeigt wurde, daß man diesen ominösen Tanz so und auch so tanzen kann und daß es beim Tango wie mit allen anderen Dingen ist: es kommt immer auf das wie an.

Die Direktion des Jirkus Busch teilt uns mit, daß die eingeführte Luftballonsteuer für den Entschluß, den Jirkus aufzugeben, maßgebend sei. Die genannte Steuer belaste den Jirkus in sehr erheblichem Maße; in dieser Saison — gerechnet nach den Erträgen der vergangenen Saison — habe die Direktion 160—170 000 M. an Luftballonsteuer abzuführen. Was den Mietvertrag mit dem Jirkus betreffe, so läge hierin kein Grund zur Aufgabe des Unternehmens, da der Vertrag bis 1. März 1925 verlängert worden sei.

Dachstuhlbrand in der Liebigstraße. In der vergangenen Nacht wurde die Feuerwehre nach der Liebigstraße 27 gerufen, wo auf dem Dach des Vorderhauses ein großes Feuer ausgebrochen war. Bei Anbruch der Dämmerung hatten die Flammen auch schon den Dachstuhl erfaßt. Der Brandinspektor ließ mit zwei Röhren eingreifen und den Brand kräftig unter Wasser nehmen. Nach halbstündiger Tätigkeit konnte die Gefahr als beseitigt gelten, doch zog sich die vollständige Abführung mit den Aufräumungsarbeiten noch längere Zeit hin. Die Ursache des Feuers ist noch nicht ermittelt. — In der Fernstraße 27 brannte vorher das Dach eines Kesselhauses. Auch hier nahmen die Löscharbeiten längere Zeit in Anspruch.

Durch den Verlust seines Wochenlohnes ist ein Arbeiter in bitterste Not gekommen. In dem Vormonats, das bei einer Besorgung in einem Eisenwarengeschäft in der Rosenthaler Straße verloren ging, liegt ein Zettel, der über die drückende Notlage des Verlierers Auskunft gibt. Das Vormonats soll in der Expedition in der Bastianstraße (Gefundbrunnen) abgegeben werden. — Am 11. Oktober hat eine Arbeiterin von der Reuen Königstraße bis Alexanderplatz zur Straßenbahn ihren Wochenlohn verloren. Auch sie bittet um Abgabe des Fundes bei Restaurateur Schulz, Gottschedsstraße 11 auf den Namen R. Beder.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Wahlen der Handlungsgehilfen zum Kaufmannsgericht Charlottenburg finden am Mittwoch, den 22. Oktober, von mittags 12 Uhr bis 6 Uhr nachmittags statt. Wahlberechtigt ist jeder Handlungsgehilfe, der bis zum Tage der Wahl das 25. Lebensjahr erreicht bezw. überschritten hat. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hat die Liste Nr. 6. Aufgabe jedes Klassenbewußten Handlungsgehilfen muß es sein, für die Liste Nr. 6 zu stimmen und zu agitieren. Die Harmonievereine müssen mehr als bisher zurückgedrängt werden. Der Erfolg vom Jahre 1910 muß abertriften werden. Jeder Wähler muß mit einer Bescheinigung des Arbeitgebers oder dessen Stellvertreters beziehungsweise der Polizeibehörde versehen sein, aus der ersichtlich ist, daß er in Charlottenburg als Handlungsgehilfe beschäftigt ist. Erscheine jeder rechtzeitig zur Wahl und gebe seine Stimme der Liste 6 des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen. Wahlhelfer wollen sich im Bureau Königsstr. 20 oder am Tage der Wahl von 11 Uhr vormittags ab im Volkshaus, Hofenstr. 8, melden.

Wahllokale sind: für den 1. Abstimmungsbezirk: Erling, Am Volkshof Westend 2; für den 2.: Lütz. Schloßstr. 45; für den 3.: Helmhalsgasse, Helmholtzstr. 21/22; für den 4.: Jänsch, Leonhardtstraße 22, Eingang Friedbergstraße; für den 5.: Logenrestaurant, Berliner Straße 61, Eingang Kirchhoffstraße; für den 6.: Reimer, Wilmersdorfer Straße 21; für den 7.: Schier, Grolmanstr. 20; für den 8.: Gerdes, Kugsburger Straße 28.

Steglitz.

Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 4 Uhr vor dem Hause Schloßstr. 117. Die fünfjährige Marie Wöhn, die mit anderen Kindern auf der Straße spielte, lief kurz vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie W auf das Gleis. Obwohl der Führer mit aller Kraft bremste, vermochte er jedoch nicht den Wagen auf so geringe Entfernung zum Stehen zu bringen. Die Kleine wurde umgerissen und geriet unter das Schuttbrett des Vorderperson. Mit Hilfe von Passanten wurde der Wagon angehoben, doch konnte das Kind nur noch tot hervorgeholt werden. Die kleine Leiche wurde nach der Wohnung der Eltern gebracht.

Tempelhof.

Der öffentliche Verkauf russischen Fleisches beginnt Freitag, den 24. Oktober, im Laden Friedrich-Wilhelm-Str. 21. Als Verkaufstage kommen in Betracht: Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend jeder Woche; die Verkaufszeit ist von vormittags 8—11 und nachmittags 5—7 Uhr. Die Bevölkerung wird sicher diese von der Gemeinde eingeführte Einrichtung bei Bedarf rege benutzen und dadurch die an maßgebender Stelle herrschende Auffassung, daß das russische Fleisch der Bevölkerung nicht als begehrenswert erscheint, am besten gegenstandslos machen.

Beeskow.

In einer Versammlung unter freiem Himmel sprach am Sonntag Genosse Raab über das Thema „Die Landwirtschaft im Wandel der Zeiten“. Redner führte den Anwesenden das Elend der Landarbeiter, wie überhaupt der arbeitenden Klasse in früheren Zeiten bis zum heutigen Tage vor Augen. Am Schluß seiner Rede legte der Redner den Verammelten den Wert der politischen sowie der gewerkschaftlichen Organisation dar. Der Vorsitzende schloß mit der Aufforderung zum Eintritt in die Organisationen und alsdann schloß er mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Anwesenden begeistert einstimmten.

Die Toleranz der protestantischen Kirche Andersdenkenden gegenüber zeigte wieder einmal folgender uns mitgeteilter Vorgang.

Zwei unserer Genossen verteilten am Sonntag in Krügerdorf bei Beeskow Kalender und sonstige Flugblätter vor der Kirche. In seiner Predigt am selben Tage erklärte der dortige Pfarrer, die Sozialdemokraten hätten ihre vergebende Tätigkeit im Dorfe wieder aufgenommen, es wäre daher Pflicht aller Bewohner, diese Schriften in die Erde zu werfen und nur den konservativen Kreisleser zu lesen, umso mehr, als einer der sozialdemokratischen Verteiler ein Jude gewesen zu sein schien. Wenn sich der Geistliche so, wie hier berichtet, geäußert hat, so zeigt dies wieder einmal mit aller Deutlichkeit, daß die Kanzel der Kirche zu politischen Zwecken mißbraucht wird.

Nieder-Schönhausen.

Der hiesige Bildungsausschuß veranstaltet morgen, Mittwoch, den 22. Oktober, nachmittags 4 Uhr, eine Kino-Vorführung für Kinder mit belehrendem und unterhaltendem Programm. Eintritt 10 Pf., begleitende Erwachsene 20 Pf. — Abends präzis 7 1/2 Uhr, findet eine wissenschaftliche Kino-Vorführung statt, die eine Reihe von guten Bildern speziell aus der Naturwissenschaft und Technik bringt. Der Eintrittspreis beträgt auf allen Plätzen 20 Pf. Beide Vorführungen finden in „Stephans Lichtspielen“, Lindenstr. 48, statt. Billets sind nur in beschränkter Anzahl beim Kassierer, Genossen Schaper, Lindenstr. 42, zu haben.

Reinickendorf.

Die Generalversammlung des Wahlvereins nahm am Mittwoch den Bericht vom Parteitag durch Genossen Schwarzburger-Ober-Schönweide entgegen. In der Diskussion bedauerte Genosse Schwannmann, daß die Partei sich von dem Wege abgewandter Taktik habe abdrängen lassen und Mittel für militärische Zwecke bewilligt habe. Der 1. Mal müsse nach wie vor als Feiertag des Proletariats hochgehalten werden. Die Polenfrage scheint nicht die richtige Lösung gefunden zu haben, ebenso sei im Fall Nabel der bürgerliche Rechtszustand verlegt worden. Genosse Schwarz vertrat den Standpunkt, daß zunächst der Klassenkampf noch keinen Erfolg bringen könne, da die Zahl der Indifferenten eine noch zu hohe sei. Mit der Stellungnahme der Fraktion zur Dedungsborlage erklärte er sich einverstanden. Was hätte man den Arbeitern sagen sollen, wenn die Fraktion die direkten Steuern, welche die Besitzenden belasten, abgelehnt und durch indirekte Steuern ersetzt hätte? Genosse Kaufmunder meinte, der Parteitag habe bewiesen, daß wir uns immer mehr zur Reformpartei entwickeln. Genosse Hund meint, daß bei wichtigen Bestimmungen die Fraktionsmitglieder die Pflicht hätten, sich weit so nicht durch Krankheit oder andere wichtige Ereignisse verhindern zu lassen, anwesend zu sein. In seinem Schlußwort stellte Genosse Schwarzburger fest, daß die Diskussionsredner im allgemeinen seine Meinung teilten. Was die Polenfrage

betreffe, so sei die Vorenhaltung der Subvention von Parteivorstand gerechtfertigt, da die Erwartungen, die man hege, sich nicht erfüllt hätten. — Der Ausschluß Nabels sei zu recht erfolgt. — Künstliche Beleuchtungsversuche an der Kaiserfeier vorzunehmen und einen Teil von Parteigenossen herausgreifen, welche ihren Tageslohn am 1. Mai abfahren lassen, seien verfehlt. Unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen lasse die Kaiserfeier sich nicht durchführen. — Die Ausführungen des Genossen Bauer zum Klassenkampf hätten gezeigt, daß man sich in führenden Gewerkschaftskreisen mit aller Macht gegen die Anwendung dieser letzten scharfsten Waffe stemmt. Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden der vorgeschriebenen Zeit wegen verlagert.

Ein Straßenbahnunfall, bei dem Mutter und Tochter verletzt wurden, trug sich gestern vormittag in der Schornweber Straße zu. Dort wollte Frau Elise Gädde mit ihrer siebenjährigen Tochter Gerda noch kurz vor einem in der Richtung nach Tegel fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 26 über den Fahrdamm laufen. Mutter und Tochter wurden jedoch von dem Bahnwagen erfasst und umgestoßen. Frau Gädde erlitt eine Gehirnerschütterung und eine Wunde am Hinterkopf, das Kind Hautabschürfungen am Arm und an der rechten Hand. Die beiden Verunglückten erhielten von einem in der Nähe wohnenden Arzt die erste Hilfe und wurden nach der Wohnung geschafft.

Tegel.

Genossin Krenschke erucht und mit Bezug auf den Generalversammlungsbereich des Wahlvereins um Aufnahme folgender Richtigstellung: Ich habe nicht, wie es im Bericht heißt, ausgeführt, daß der Fall Nabel-Brühl im Kreise Niederbarnim selbst ein Kapitel erleben, sondern daß die Angelegenheit in Groß-Berlin noch zur Sprache kommen dürfte.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.
Bohnsdorf. Am Mittwoch, den 22. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Lokal von Schulze.
Stichwalde. Heute Dienstag, nachmittags 5 1/2 Uhr, außerordentliche Sitzung im Sitzungssaal des Rathauses.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht ertheilt. Anfragen, denen keine Anwesenheitsbescheinigung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

G. W. 100. Rein. — **G. G. 98.** 1. Nur dann, wenn die Redakatur durch Ihre Verschulden notwendig ist, andernfalls nein. 2. u. 3. Ja. 4. Volkshausgegenlage bei dem Bericht des Vorprojekts. — **W. 2. 100.** Sie haben Anspruch auf Bezahlung von der Steuer vom Erben desjenigen Monats ab, welcher dem Monat folgt, in dem Sie arbeitslos geworden sind. Sie müssen jedoch einen dahingehenden Antrag bei dem Sachverständigen der Veranlagungskommission stellen und gleichzeitig beantragen, daß die Steuer bis zur Entscheidung über Ihren Antrag gestundet wird. — **G. R. 12.** 1. Das Verfahren kann weitergehen. 2. Die Photographierung auf dem Polizeipräsidium war unseres Erachtens unzulässig, sofern Ihnen eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen werden kann. Sie können auch Klage erheben auf Herausgabe der Photographie und Vernichtung der Platten. — **C. S. 48.** Nach Ihrer Darstellung halten wir Sie zur Herausgabe nicht für verpflichtet. Lassen Sie es auf eine Klage ankommen.

J. R. 100. Die Mitgliedschaft zur Kaffe basiert von dem Tage ab, wo Sie in Beschäftigung getreten sind, ganz gleich, ob der Arbeitgeber Sie angestellt hat oder nicht. Sie können den Anspruch gegen die Kaffe geltend machen. Diese wird dann voraussichtlich vom Arbeitgeber bestritten werden. — **A. 2. 48.** Durch Gesetz nicht verboten. Ist aber im Verzuge die Arbeitszeit festgelegt, so braucht der Lehrling darüber hinaus nicht zu arbeiten. — **A. 2. 27.** 1. Sofern erhebliche Gesundheitsgefährdung nachgewiesen werden kann, können Sie ausziehen. 2. Polizeipräsidium. — **W. R. 20.** Ihre Angaben reichen nicht aus, kommen Sie in die Sprechstunde.

G. 97. Eine gerichtliche Entscheidung darüber ist nicht zu erzielen. Die Mutter des Kindes kann sich ohne weiteres als Frau bezeichnen. — **Rechtsrat 24.** Ihre Angaben reichen nicht aus, um ein Eingreifen des Reichsgerichts des Lehramtsdirektors gegenüber zu rechtfertigen. Sie sind berechtigt, falls das Erbschaftsteueramt von Ihnen Auskunft einfordert, den Wert des Grundstücks auf 27 000 M. anzugeben. Die Steuerbehörde würde auf Ihre Anfrage hin voraussichtlich Auskunft erteilen. Einer Zustimmung der Erben bedarf der Lehramtsdirektor nur dann, wenn im Testament vorgelesen. — **W. B. 111.** Ja, nach Zustellung des Haftbefehls. 2. Nein. 3. Ja, wenn Sie nach Zustellung des Haftbefehls unverzüglich an den Gläubiger zahlen. 4. Nein. 5. Ja. — **Sohnsdorf 9.** Ein solcher Vertrag kann seitens des Gläubigers mit Rücksicht auf Erfolg angefochten werden. 2. u. 3. Nein. Es muß unter Überreichung des Schuldtitels beim Amtsgericht, in dessen Bezirk der Schuldner wohnt, Pfändungs- und Überemissionsbescheid beantragt werden. — **M. 2. 82.** 1. u. 2. Nein. 3. Den Kausz Ihrer verstorbenen Frau zur Verleigerung bringen. Wir raten jedoch, unter Schilderung Ihrer Verhältnisse ein Erbschaftsgeld an das Gericht einzureichen. — **M. W. 1.** u. 2. Nein.

W. 19. Die Beschlagnahme halten wir für unzulässig. Welchen Sie beim Vollstreckungsgericht ein. Die Tatsache, daß Sie verheiratet sind und drei Kinder zu unterhalten haben, müssen Sie durch diesbezügliche Bescheinigung glaubhaft machen. — **C. G. 36.** Prüft sich nicht ergebnislos. — **R. 7. R. 23.** Sie können vom Polizeipräsidium Herausgabe verlangen. — **R. 26.** Nein. — **M. 2. 26.** 1. Die etwa rechtlichen Gegenstände müssen Sie zurückerhalten und dem Abgabungsbescheid Mitteilung machen. Dieses kann alsdann Herausgabe fordern. 2. Pfandbruch würde bei Nichtnahme der genannten Gegenstände nicht vorliegen. — **M. W. 100.** Die Reise und Jehrlohn kann der Beklagte erstatte verlangen bis zur Höhe der Gebühren, die bei Bestellung eines Anwalts entstanden wären. Jedoch nur dann, wenn er im Prozeß obliegt. Die hoch dieser Betrag sein würde, läßt sich nicht sagen, da eine Eingabe über die Höhe des Objekts fehlt. — **R. 14.** In einigen Monaten ist eine solche Angelegenheit in der Regel erledigt. Erwarten Sie nochmals.

W. R. 91. 1. Nach österreichischem Gesetz nicht zulässig. 2. Ja, jedoch mit Wirkung für das deutsche Reichsgebiet. 3. Ja. — **R. 2. 44.** 1. Auskunft über Gesellschaften erteilen wir nicht. 2. Nicht feststellbar.

Witterungsübersicht vom 20. Oktober 1913.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolken	Temperatur Grad C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolken	Temperatur Grad C	
Wilmersdorf	764.0	SW	7	12.0	Charlottenburg	766.5	SW	4	bedeckt	4
Hamburg	762.0	SW	8	12.0	Cottbus	771.0	SW	1	bedeckt	1
Berlin	764.0	SW	1	bedeckt	Wilmersdorf	763.5	SW	4	wolkenl	12
Brandenburg	764.0	SW	6	12.0	Wilmersdorf	766.5	SW	4	wolkenl	12
Brandenburg	766.5	SW	4	12.0	Wilmersdorf	761.5	SW	2	wolkenl	7
Wien	766.5	SW	4	12.0						

Wetterprognose für Dienstag, den 21. Oktober 1913.
Nichtwetter, vielwolken, aber wolkenlos, am Tage mild bei ziemlich lebhaften südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 19.10.	am 18.10.	Wasserstand	am 19.10.	am 18.10.
Remel, Mühl	149	0	Saale, Großh	64	—
Regel, Inheburg	92	—	Saale, Gumbau	28	0
Seigal, Thon	227	—	Saale, Rathenow	1	—
Ober, Rathor	141	—	Spre, Spremberg	—	—
Krossen	140	—	Bestom	91	0
Frankfurt	141	—	Seitz, Müden	120	—
Warte, Schrumm	46	0	Müden	188	—
Randeburg	21	0	Neizin, Wapinitzenau	356	—
Rebe, Borcham	—	0	Kauz	152	—
Elbe, Reimert	—	0	Kauz	132	—
Bresden	—	—	Redar, Heilbronn	40	—
Barbe	80	—	Rain, Qanau	—	—
Magdeburg	71	+1	Rosel, Trier	97	—

+ bedeutet Hoch, — Fall. — ?) Unterpegel.

Bettfedern I Gustav I Lustig

Fabrik mit elektrischem Betrieb

Berlin S⁷⁷ Prinzenstr. 46 u. 47

Beste Bettenfüllung: echt chinese.

Bettfedern

zu 1-130 150 175 190 2-250
3-350 bis 650 M. per Pfund



Ausnahmepreis:

Metall-Bettstelle

Q L 92

mit Zugfeder-
matratze, Pfosten
28 mm stark, mit
Messing-Ver-
zierungen im
Kopf- und Fuss-
ende, schwarz
lackiert.
Weiss lackiert
30 Pf. mehr.

190 x 80
19— M.

190 x 90
20⁵⁰ M.

Monopoldaunen

(gesetzlich geschützt)

Pfund 2.85 M., (3-4 Pfund zum grossen Oberbett)

Fertige Betten

bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen zu
12.—, 15.—, 20.—, 23.50, 25.50, 33.—, 39.—, 46.—,
55.—, 63.—, 77.—, 90.— bis 120.— Mark

Ausnahmepreise:

Daunen-Steppdecken

von cremefarbigem, daunendichtem Perkal, mit
federfreien Daunen, Schnittgrösse 140 x 200 cm **16⁵⁰ M.**

von Seidenglanz-Daunen-Satin, mit federfreien
Daunen in 30 Farben, Schnittgrösse 160 x 210 cm **26— M.**

Seidene Daunen-Decken

eine Seite reine Seide, andere Seite in Seiden-
glanz-Daunensatin in allen gangbaren Farben
Schnittgrösse 160 x 210 cm **39— M.**

Daunen

zu 2⁸⁵ 3⁵⁰ 4⁵⁰ 5—
6⁵⁰ 8⁵⁰ 10⁵⁰ M. per Pfund



Eleg. Messingbettstelle
in Zupfermatratze mit 4 Reihen Federn

Querrüftungstübe
□ Messing
190 x 90 cm

42— M.

G. L. 6103

Ausnahme-
preis

Die Ausnahmepreise für Bettstellen und Daunendecken nur gegen Vorzeigung dieses Inserats!

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 21. Oktober 1913.

Anfang 8 Uhr.

Eines Palast am Zoo. Varieté-
Nachtspiele.

Anfang 8¹⁵ Uhr.

Eines Rollendorf-Theater Varieté-
Nachtspiele.

Anfang 7¹⁵ Uhr.

Rgl. Oberhaus. Von Gariot.

Rgl. Schauspielhaus. Ariadne auf
Naxos.

Deutsches. Faust I. Teil.

Leinwand. Der Gont.

Zirkus Busch. Galavorstellung.

Zirkus Schumann. Galavorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Geh. Reg. Rat Dr. G.
Hellmann: Ueber Wetterer-
glauben.

Sonnt. 8 Uhr: Prof. Dr. C.
Kasner: Wettertelegraphie und
Wetterkarten.

Kammerpiele. Bürger Schöpel.

Deutsches Künstlertheater. Cam-
mels Himmelfahrt. Der gross
hochere Krug.

Deutsches Oberhaus. Jar und
Zimmermann.

Deutsches Schauspielhaus. Die
letzte Residenz.

Neues Oberhaus (Kroll).
Hörsaal.

Berliner. Wie einst im Mai.

Thalia. Die Tangoprinsessin.

Theater am Rollendorfplatz. Die
Heimkehr des Odysseus.

Komödienhaus. Das Paar nach der Mode.

Sonnt. 8 Uhr: Prof. Dr. C.
Kasner: Wettertelegraphie und
Wetterkarten.

Kammerpiele. Bürger Schöpel.

Deutsches Künstlertheater. Cam-
mels Himmelfahrt. Der gross
hochere Krug.

Deutsches Oberhaus. Jar und
Zimmermann.

Deutsches Schauspielhaus. Die
letzte Residenz.

Neues Oberhaus (Kroll).
Hörsaal.

Berliner. Wie einst im Mai.

Thalia. Die Tangoprinsessin.

Theater am Rollendorfplatz. Die
Heimkehr des Odysseus.

Komödienhaus. Das Paar nach der Mode.

Sonnt. 8 Uhr: Prof. Dr. C.
Kasner: Wettertelegraphie und
Wetterkarten.

Kammerpiele. Bürger Schöpel.

Deutsches Künstlertheater. Cam-
mels Himmelfahrt. Der gross
hochere Krug.

Deutsches Oberhaus. Jar und
Zimmermann.

Deutsches Schauspielhaus. Die
letzte Residenz.

Neues Oberhaus (Kroll).
Hörsaal.

Berliner. Wie einst im Mai.

Thalia. Die Tangoprinsessin.

Theater am Rollendorfplatz. Die
Heimkehr des Odysseus.

Komödienhaus. Das Paar nach der Mode.

Sonnt. 8 Uhr: Prof. Dr. C.
Kasner: Wettertelegraphie und
Wetterkarten.

Kammerpiele. Bürger Schöpel.

Deutsches Künstlertheater. Cam-
mels Himmelfahrt. Der gross
hochere Krug.

Deutsches Oberhaus. Jar und
Zimmermann.

Deutsches Schauspielhaus. Die
letzte Residenz.

Neues Oberhaus (Kroll).
Hörsaal.

Berliner. Wie einst im Mai.

Thalia. Die Tangoprinsessin.

Theater am Rollendorfplatz. Die
Heimkehr des Odysseus.

Komödienhaus. Das Paar nach der Mode.

Sonnt. 8 Uhr: Prof. Dr. C.
Kasner: Wettertelegraphie und
Wetterkarten.

Schiller-Theater O. Theater.

Dienstag, abends 8 Uhr:

Wenn der neue Wein blüht

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Jugendfreunde.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Wenn der neue Wein blüht

Schiller-Theater Charlotten-
burg.

Dienstag, abends 8 Uhr:

Zum ersten Male:

Rosenmontag.

Mittwoch, nachmittags 3 Uhr:

Götter von Berlichingen.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Die Großstadtluft.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Rosenmontag.

Theater in der Königgrätzer Straße

8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

Komödienhaus.

8 Uhr: Das Paar nach der Mode.

Berliner Theater.

8 Uhr:

Wie einst im Mai.

Residenz-Theater

8¹⁵ Uhr: Im Ehekäfig.

Freitag, den 24. 7¹⁵ Uhr, zum 1. Male:

Hohelt - der Franz!

Russische Grotte von H. Land-
berger und Will. Wolf.

Sonntag, 20. Okt., nachm. 3 Uhr:

Die Frau Präsidentin.

Theater am Rollendorfplatz 5.

Täglich abends 8 Uhr:

Die Heimkehr des Odysseus.

Varieté-Operette.

Deutsches Schauspielhaus

8 Uhr: 3. 1. R.: Die letzte Residenz.

Montis Operetten-Theater

Schiffbauerdamm 4a.

8 Uhr: Schauspiel auf Spielmann:

Der lachende Ehemann.

Sonnt. 3 Uhr: Der Vogelbauer.

Deutsches Künstlertheater

Sozialität.

Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.

Abends 8 Uhr: Hanneles Himmelfahrt.

Der zerbrochene Krug.

ROSE=THEATER

Große Frankfurter Str. 122.

Anfang 8 Uhr.

Maria Stuart.

Mittwoch: Im weissen Röhl.

Sonabendnachm. 1 Uhr: Haniel
und Gretel.

Folies Caprice.

Zum Ritter Baldrian

50. Das Adoptivkind

Mals: Die Mißgeburt

Vereinigte Berliner Volksbühnen.

Luisen-Theater.

Dienstag 8¹⁵ Uhr:

Von Stufe zu Stufe.

Lebensbild mit Gel. u. Tang. in 5 Bild.

Walhalla-Theater.

Täglich 8¹⁵ Uhr:

Der Liebesonkel.

Ganze mit Gelang u. Tang. in 8 Akten.

Brauerei Friedrichshain

am Königstor.

Oekonom: Ernst Liebing.

Mittwoch, den 22. Oktober er.:

Heiterer Künstler-Abend.

Anfang 8 Uhr. Sensations-Programm. Entree 30 Pf.

„Clou“ :: Berliner ::

Konzerthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!

Berliner Konzerthaus-Orchester. Leitung: Komponist Frz. v. Blon

und als Gastdirigent: Hofkapellmeister Prof. Traugott Ochs.

Musikkorps Kaiser-Franz-Garde-Grand-Rogts. Dirig. Oberm. A. Becker.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

An allen

Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem

Eintritt.

ODEON

VERGNÜGUNGS-PALAST DER 10 000

POTSDAMER STR. 72 * HOCHBAHN: BÜLOWSTR.

Eröffnung: Freitag, den 24. Oktober.

URANIA

Taubenstraße 48/49.

8 Uhr:

Geb. Reg. Rat Dr. G. Hellmann:

Ueber Wetteraberglauben.

Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. C. Kasner:

Wettertelegraphie und Wetterkarten.

Passage-Panoptikum

Mundmaler Schuldiss

der

Rafael

ohne

Arme

bei seinen Arbeiten.

Lebend zu sehen!

Und die anderen Attraktionen.

Die gr. Kino-Varieté-Vorstellung

von 5 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.

Zirkus

Alb. Schumann.

Heute Dienstag, 21. Oktober,

abends 7¹⁵ Uhr:

Große Elltevorstellung.

U. a.

10 Bengal-Königs-Tiger 10

vorgeführt von Herrn Sawade,

u. d. übrige Glanzprogramm.

Um 9¹⁵ Uhr:

Tango vor Gericht!

Pantomimen-Burleske mit Gesang

u. Tanz in 3 Akten, arrang.

u. einstudiert von Alb. Schu-

mann, Kgl. Kommissionsrat,

und Aug. Siems, Groß. Hess.

Hofballetmeister.

die

CINES

Theater

Apollo-Theater

Anfang 8 Uhr.

Palast am Zoo

Anfang 8 Uhr.

Friedr.-Wilhelmst.

Anfang 8 Uhr.

Komplettes Programm grosser

Variété-Akte

sowie unsere

renommierten Liebspiele

Nachmittags

Lichtspiel-Vorstellungen

Apollo-Theater

Anfang 7¹⁵ Uhr.

Friedr.-Wilhelmst.

Anfang 8 Uhr.

Nur zwei Preise

35 Pfennig und 60 Pfennig

Nollendorf-Theater

Cleopatra

Die Herrin des Nils

Das Filmwunder der Welt

Anfang 8¹⁵ und 9 Uhr.

Kinder-Vorstellung

Wochentags 1 Ub.

zu halben Preisen.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.

Der neue Saison-Fessen-Schlager

Ferdinand der Engendhaffte.

Das droll. Stück seit Besleben d. Theat.

berühmt durch Spezialität-Prog.

Sonntag, nachm. 4 Uhr:

Am grünen Strand der Syree.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:

Seine Geliebte.

Zirkus Busch.

Heute Dienstag, den 21. Oktober,

abends 7¹⁵ Uhr:

Auftreten der berühmten

Menschen-Affen aus Karl

Hagenbergs Tierpark in

Hamburg-Stellingen.

Gierzu das große Galaprogramm.

Zum Schluß:

Die neue Kunstst.-Pantomime

Aus unseren Kolonien.

